

KONGRESSDIENST

Hamburg

Herausgegeben vom Präsidium des STÄNDIGEN KONGRESSES
aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Februar 59
NUMMER 7



Prof. Otto Hahn 80 Jahre alt



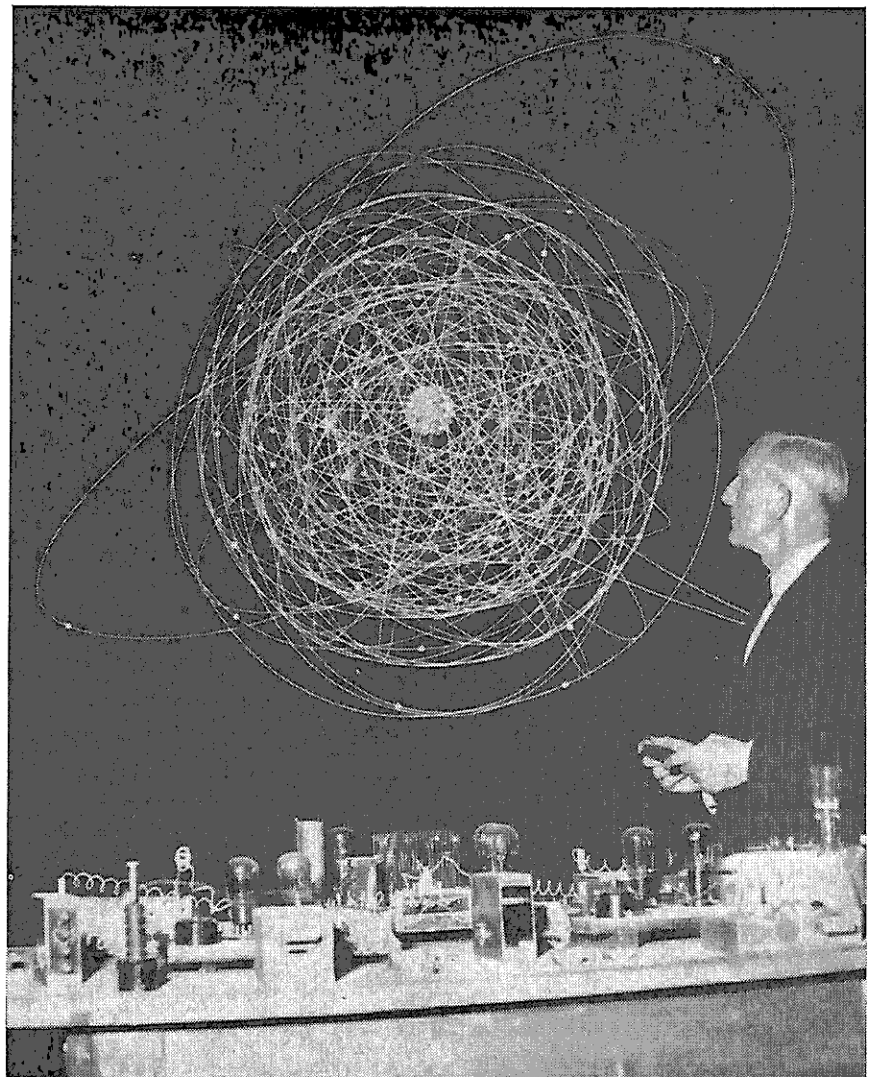
Am 8. März wird Prof. Dr. Otto Hahn, der Entdecker der Atomspaltung, der damit gegen seinen Willen zum Vater der Atombombe wurde, 80 Jahre alt. Zu den vielen Ehrungen — Nobelpreis, Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband, Faraday-Medaille, Ehrendoktor der Universität Cambridge — werden neue kommen, aus aller Welt, aus Deutschland, darunter die Ehrenbürgerschaft der Stadt Frankfurt, in der Hahn geboren ist, und gewiß auch aus Bonn. Was wird es nützen, wenn dem 80jährigen zu seinem Geburtstag Freundlichkeiten gesagt werden, wenn aber die Verantwortlichen in Bonn und anderswo nicht auf ihn und die anderen Wissenschaftler hören. Hahn würde gewiß mit Freuden auf alle Ehren verzichten, wenn man seinen größten Wunsch erfüllen würde: die Atombomben-Versuche einzustellen und die Atomwaffen abzuschießen. Von Anfang an hat Hahn aus tiefster Verantwortung vor der Menschheit die kriegerische Anwendung der Atomspaltung abgelehnt und bekämpft.

Als Hahn zusammen mit Fritz Straßmann bei der Nachprüfung der Neutronen-Experimente von Prof. Fermi 1938 in Berlin die Atomspaltung entdeckte, dachte noch kein Mensch an eine praktische Ausnutzung. Am 6. Januar 1939, vor genau 20 Jahren, wurde der Hahn'sche Bericht über seine Entdeckung in der Zeitschrift „Naturwissenschaften“ veröffentlicht und erregte Aufsehen in der ganzen Welt. In Amerika, Frankreich, Dänemark und anderen Ländern wurden Hahns Entdeckungen überprüft und bestätigt. Hahn und Straßmann war die erste Atomspaltung gelungen. Der Arbeitstisch aus Hahns Berliner Laboratorium, an dem diese Entdeckung gelang, wird heute als Kostbarkeit im Deutschen Museum aufbewahrt. Als nun bei der Fortsetzung der Versuche bewiesen wurde, daß bei der Spaltung Neutronen entstanden, daß die Kraft des Kerns nutzbar gemacht werden konnte und eine Kettenreaktion möglich war, hatte das Atomzeitalter begonnen. Die dabei frei werdende Energie — 100 Millionen Volt und mehr — überstiegt alle Vorstellungen.

Wissenschaftler und Laien erschrecken. Hahn hat später selbst erzählt, daß er in jener Zeit viele Nächte lang nicht schlafen konnte. Es sei damals sogar der Plan erwogen worden, zur Verhütung einer Katastrophe alles Uran ins Meer zu versenken. Mittlerweile war der Krieg ausgebrochen, und es hätte gleich zu Beginn des Atomzeitalters einen apokalyptischen Höhepunkt geben können, wenn die Atombombe in Hitlers Hand gekommen wäre. Daß Hitler sie nicht bekam, verdankt die Menschheit ausschließlich Hahn, Heisenberg und den übrigen deutschen Wissenschaftlern. Sie schwiegen, teils aus persönlicher Nazi-feindschaft, teils aus menschlicher Verantwortung oder metaphysischem Entsetzen. Hahns Haltung war vom ersten Augenblick an klar. Schon zu Beginn des Krieges hatte er zu Kollegen gesagt: „Wenn Hitler eine Atombombe zusammenbekommt, nehme ich mir das Leben.“ Niemand in der Welt wird bezweifeln, daß Hitler sie zusammenbekommen hätte, wenn Hahn ihm dabei geholfen hätte. Auf Anfragen der Nazis grüßte sich Hahn stets darauf, auf die kaum zu bewältigenden Schwierigkeiten hinzuweisen. Umso mehr sollten unsere Nachkriegspolitiker, sollte die Welt

auf Hahn hören, der sie alle vor dem Untergang bewahrt hat. In Amerika wurde Hahns Entdeckung zur mörderischen Waffe der Atombombe weiterentwickelt, die heute der ganzen Menschheit Angst und Grauen einflößt.

Die Schreckensnachricht des ersten Atombombenabwurfs über Hiroshima traf Hahn in englischer Internierung. Nach einem Bericht des „Observer“ rief Hahn, als ein englischer Offizier ihm die Nachricht überbrachte „Das ist ja entsetzlich“ und brach in äußerster Verzweiflung völlig zusammen. 1946 kehrte Hahn nach Deutschland zurück und wurde Präsident der Max-Planck-Gesellschaft. Immer wieder hat er vor dem Atom-Wahnsinn gewarnt: 1954 in einer zunächst verhinderten Rundfunk-Rede, 1955 mit noch mehr Nachdruck. Die „Göttinger Erklärung“, die er dann mit 17 führenden deutschen Atomforschern unterschrieben hat, löste einen weltweiten Protest der Wissenschaftler aller Länder gegen die Atomwaffen aus. Möge die warnende Stimme des 80jährigen Otto Hahn, der als Sinnbild forschender Redlichkeit und kritischer Unantastbarkeit Geltung in der Welt hat, von allen, die angesprochen sind, gehört werden. Mr.



2. Plenartagung des Ständigen Kongresses am 7./ 8. März 1959, „Freischütz“ Schwerte.

Mit der eindringlichen Bitte um tatkräftige Unterstützung bei den Vorbereitungen zur zweiten Plenartagung des „Ständigen Kongresses“ am 7. bis 8. März 1959 in Dortmund-Schwerte wenden wir uns an all jene, denen es ernst ist mit der Abwendung der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik. Mit Fanatismus bleibt Bonn bei seinen Plänen und versucht, ihre Durchführung zu beschleunigen. Es sollen fertige Tatsachen geschaffen werden, die den Widerstand in der Bundesrepublik brechen und jede internationale Verständigung in der Atomaufrüstungsfrage erschweren. Einerseits verschiebt man das Problem auf die internationale Ebene und andererseits lehnt man den deutschen Beitrag, den deutschen Verzicht, den Rapackiplan, ab. Dieses Täuschungsmanöver muß durchkreuzt werden —

Es ist an der Zeit, die letzten Hindernisse und Hemmungen zu überwinden, die noch immer das gemeinsame Handeln aller Gegner der atomaren Aufrüstung erschweren. Niemand kann die Verantwortung für den Fortbestand dieses Zustandes übernehmen, wenn er einmal zur Rechenschaft gezogen wird. Die zweite Plenartagung des „Ständigen Kongresses“ bietet die Gelegenheit, über wirkliche oder vermeintliche Schwierigkeiten bei der Zusammenarbeit der verschiedenen Ausschüsse, Organisationen und Bewegungen offen und kameradschaftlich zu sprechen. Die zweite Plenartagung des „Ständigen Kongresses“ muß zum Ausgangspunkt einer neuen Großoffensive gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und für die Bildung einer kernwaffenfreie Zone in Europa werden.

Wir bitten alle Betriebsvertretungen und Gewerkschaften, Ausschüsse „Kampf dem Atomtod“ und der „Aktionsgemeinschaft“, alle Jugend-, Frauen- und Bauernvereinigungen, alle sozialen und beruflichen Verbände, denen eine Voreinladung zugeht, ihre Delegierten schnellstens an die Stelle zu melden, von denen sie die Voreinladung erhalten haben. Organisationen und Persönlichkeiten der geistigen Berufe, die noch keine Voreinladung erhalten haben, bitten wir, sich dieserhalb sofort an das Büro des „Ständigen Kongresses“, Hamburg 19, Eichenstraße 46, zu wenden.

Auf die eine oder die andere Weise erhalten alle Delegierten oder Einzelpersonen, deren Teilnahme fest zugesagt ist, einen auf ihre Person ausgestellten Teilnehmerschein. Desgleichen bitten wir um rechtzeitige Anmeldung von Hotelzimmerwünschen, die wir gern bereit sind, zu vermitteln. Diese Wünsche sind zu richten an die Adresse: Hamburg 19, Eichenstraße 46.

Das Büro des Präsidiums sah sich außerstande, die mit der Plenartagung entstehenden allgemeinen Unkosten auf eine andere Weise zu decken als durch die Erhebung eines Unkostenbeitrages von DM 5,— von jedem Teilnehmer, der entweder von der entsendenden Organisation oder von den Teilnehmern persönlich getragen werden muß. Wir bitten um Verständnis für diesen unseren Beschluß, aber es blieb uns keine andere Lösung.

Tagesordnung der Plenartagung

SONNABEND, 7. MÄRZ 1959

18.00 Begrüßung der Teilnehmer durch Karl Ludwig Opitz
Wahl des Tagungspräsidiums, Wahl der Redaktionskommission

18.30 Prof. D. Heinrich Vogel, Berlin:
»Der Ruf von Hiroshima«

Pfarrer Herbert Mochalski, Darmstadt:
»Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit«

Philipp Kunz, Personalrat der Stadtwerke Mainz:
»Die Beschlüsse der Gewerkschaften«

Prof. Dr. Renate Riemack, Wuppertal:
»Frieden ohne atomare Aufrüstung«

Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg:
»Unsere gemeinsame Verpflichtung«

21.15 Abendessen

SONNTAG, 8. MÄRZ 1959

9.30 Aussprache über die Referate

13.00 Mittagessen

14.00 Fortsetzung der Aussprache

15.30 Beschlußfassung und Schlußworte

16.00 Ende der Tagung

Tagesordnung der Vortagungen

(in den Nebenräumen)

SONNABEND, DEN 7. MÄRZ 1959, 14-17 Uhr

Kulturschaffende (Wissenschaftler, Ärzte, Pädagogen, Ingenieure, Künstler)

Referent: Prof. Dr. Franz Paul Schneider, Würzburg
(Sekretär des Fränkischen Kreises)

Diskussionsleiter: Pfarrer Herbert Mochalski, Darmstadt
(Herausgeber „Stimme der Gemeinde“)

Landwirte (Bauern, Winzer, Gärtner, Agronomen)

Referent: Otto Beyer, Landwirt, Stapelfeld b. Hamburg
(Ausschuß d. Landbevölkerung gegen atomare Aufrüstung in Schleswig-Holst.)

Diskussionsleiter: Schulrat Ernst Heywang, Marktbreit
(Vorsitzender d. Zentralkomitees der Landbevölkerung gegen atomare Aufrüstung in der Bundesrepublik)

Frauen (Vertreter von Frauenverbänden, Angestellte, Hausfrauen)

Referent: Dr. med. Pilger, Remscheid

Diskussionsleitung: Frau Hilde Westphal, Remscheid

Betriebsarbeiter und Gewerkschafter

Referent: Frau Prof. Dr. Renate Riemack, Wuppertal
(Aktionsgemeinschaft gegen atomare Aufrüstung der Bundesrepublik)

Diskussionsleiter: Philipp Kunz, Mainz
(Personalrat der Stadtwerke Mainz)

Jugend und Studenten

Referent: cand. theol. Peter Meier, Münster/Westf.
(Sekretär d. studentischen Ausschusses für ein kernwaffenfreies Deutschland an der Universität Münster)

Diskussionsleiter: H. Schiefbahn, Hamburg
(Verkehrsarbeiter, Mitglied d. Büros d. Ständigen Kongresses)

Überfüllte Säle in Hamburg

Drei Säle mußte das „Winterhuder Fährhaus“ in Hamburg öffnen, um die Menschen zu fassen, die gekommen waren, um Professor Hagemann zu hören. Die Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung hatte darüber hinaus den bekannten Regisseur Ulrich Erfurth als Sprecher gewonnen. Erfurth legte erstmals vor der Öffentlichkeit ein Bekenntnis gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen ab und forderte die Anwesenden auf, das gerade angesichts der Atomgefahr immer noch aktuelle Manifest von Wolfgang Borchert zu beherzigen. Man konnte eine Stecknadel zu Boden fallen hören, als der Regisseur in eindrucksvoller Weise dieses Manifest rezitierte.

Professor Hagemann umriß dann den Standort der Bundesrepublik im atomaren Wettrüsten. „Wir sind bisher die einzige NATO-Macht, die Atomwaffen eingekauft hat“, sagte Professor Hagemann. Außer Dänemark und Norwegen seien sogar die Beneluxstaaten gegen eine Ausrüstung mit Atom- und Wasserstoffwaffen. Die deutsche Atomuhr ticke mit den Plänen des Herrn Strauß um die Wette. Dann ging Professor Hagemann auf die Einladungen der UdSSR an 28 Länder zu einer Konferenz über einen Friedensvertrag ein. Wieder einmal leiste man es sich in Bonn, Nein zu diesem Plan zu sagen. Zehn Jahre lang habe man aber selbst nichts getan, um die deutsche Frage friedlich zu lösen. Einmal aber werde die Rechnung für diese Politik präsentiert. Schon erhebe man in Bonn Gebietsforderungen an fremde Mächte. „Dabei muß uns doch klar sein, daß der alte Satz richtig ist, daß Volk wichtiger ist als Boden.“ Das scheine man in Bonn nicht begreifen zu wollen. Noch immer gebe es z. B. keine freundschaftlichen Beziehungen mit Polen und wenn wir uns den Rapackiplan zu eigen gemacht hätten, dann wäre der Friedensvertrag bereits selbstverständlich. Der Rapackiplan hätte uns die Möglichkeit eröffnet, die Neutralität zu erreichen. „In der Neutralität aber würden wir nicht Objekt der Politik bleiben, sondern Bewegter werden“, rief der Referent aus. Wenn der jetzt in Bonn eingeschlagene Weg fortgesetzt werde, dann käme das politische Stalingrad auf uns zu.

Am gefährlichsten in der Bundesrepublik seien die — nach Strauß — „potentiellen Atomkriegsverbrecher“. Es bestehe heute die Gefahr, daß das Nein dieser Politiker in Bonn die Tür zuschlägt, die eben erst zwischen Washington und Moskau aufgestoßen worden ist. Die USA seien heute schon bereit, selbst über die Konföderation zu verhandeln. Den Amerikanern sei dieser Gedanke auch durchaus vertraut, denn sie haben 49 Staaten in einer Konföderation zusammengeführt. In Bonn lehne man den Konföderationsvorschlag ab, weil dieser Weg zu lange dauere. Eine seltsame Eile sei das, wo man doch zehn Jahre zugesehen habe. Professor Hagemann forderte, daß mit der DDR Verhandlungen über die Konföderation aufgenommen werden. „Dem Ausland bieten wir heute das beschämende Beispiel, daß wir bereit sind, uns mit allen anderen Ländern zusammenzu-

setzen, nur nicht mit unseren eigenen Landsleuten“, sagte der Referent. Unter dem Beifall der Anwesenden forderte Professor Hagemann:

- Die sofortige Zurücknahme des Atombeschlusses im Bundestag.
- Eine außenpolitische Debatte im Bundestag, in der die Bundesregierung Rechenschaft über ihre Politik ablegt.
- Zustimmung zu Friedensvertragsverhandlungen.
- Grundsätzliche Zustimmung zur Schaffung einer atomwaffenfreien,

blockfreien Zone.

- Entsendung einer Delegation zur Einleitung gesamtdeutscher Gespräche.
- Einleitung von Verhandlungen zwecks Normalisierung der Beziehungen mit Polen und der Tschechoslowakei.
- Heranziehung aller Parteien zu den Verhandlungen auf nationaler und internationaler Ebene.
- Absage an den kalten Krieg auf dem Gebiet der Propaganda und der Agententätigkeit.

Konferenz der schaffenden Jugend der Wasserkante

„Wir wollen leben!“ — das war das Motto, das über der „Konferenz der schaffenden Jugend der Wasserkante“ stand, die im Winterhuder Fährhaus in Hamburg am 30. 11. 1958 stattfand. Junge Menschen — wie oft ist von ihnen behauptet worden, sie wären „Halbstarke“ und ihre Interessengebiete reichten nicht weiter als vom Moped bis zum Fußballplatz! — hatten sich hier zusammengefunden, die es nicht mehr mit ihrem Gewissen vereinbaren konnten, daß die Führer der Opposition und der Gewerkschaften zwar vom Kampf gegen den Atomtod sprachen, es aber auf der anderen Seite zu keiner Aktion gegen die atomare Aufrüstung Westdeutschlands mehr kam. Zunächst hatten sie in Eimsbüttel einen Jugendausschuß gegen den Atomtod gegründet, der dort die private Volksbefragung in einer Straße durchführte, bei der sich — unter den Augen der das Ergebnis kontrollierenden politischen Kriminalpolizei — 95% der Befragten gegen die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen aussprachen. Nachdem sich auch in zwei weiteren Hamburger Bezirken solche Jugendausschüsse gebildet hatten, luden sie die Hamburger Jugend zu der Konferenz am 30. November ein. Über 300 junge Menschen aus den verschiedensten Jugendorganisationen lauschten ergriffen den Schilderungen zweier Japanerinnen, die den Atombomben-Abwurf auf Hiroshima miterlebten. Begeisterten Beifall erhielt die bekannte Schauspielerin Ursula Herking, als sie sich zu den Wissenschaftlern in aller Welt bekannte, die ihre warnende Stimme erhoben hatten: „Ich habe zwei Kinder, und ich will, daß sie weiterleben!“ Ein Betriebsratsmitglied der Deutschen Werft, Jupp Kuchta, mahnte die Anwesenden, die Zeit des „Tausendjährigen Reiches“ nicht zu vergessen und sich immer dessen bewußt zu bleiben, wieviel von dem Geist jener Zeit noch in unsere Tage hinübergerettet worden ist.

In einem Manifest, das fast einstimmig angenommen wurde, forderte sie die Diskussion des Rapackiplanes,

der gleichzeitig ein erster Schritt zur Wiedervereinigung sein würde und die Zusammenarbeit aller Jugendorganisationen gegen den drohenden Atomtod. Sie wandte sich an alle Jugendlichen mit dem Ruf: „Steht nicht länger abseits, laßt uns gemeinsam handeln!“ und erklärte mit aller Leidenschaft: „Wir Jungen wollen leben, sie dürfen uns nicht zum Sterben zwingen!“

Um die weitere politische und Aufklärungs-Arbeit zu intensivieren, wurde — ebenfalls fast einstimmig — beschlossen, in Hamburg die „Junge Aktion gegen den Atomtod — für ein kernwaffenfreies Deutschland“ zu gründen und in allen Stadtteilen Ausschüsse zu bilden. Besondere Beachtung fand auch das Versprechen eines Vertreters der Studentenausschüsse gegen Atomrüstung, daß die Studenten alles tun würden, um der arbeitenden Jugend hierbei zu helfen, und daß es auch Ihnen ungeheuer wichtig sei, daß die „Aktionseinheit“ von Intelligenz und Arbeiterschaft — von der der Erfolg aller dieser Bemühungen abhinge — immer stärker und fester würde.

de—

Würdige Antwort

Der im englischen Volk wegen seines persönlichen Einsatzes für die Atomabrüstung sehr beliebte Rev. Canon L. Joh. Collins sagte zum Schluß seiner Begrüßungsansprache an die Delegierten des Londoner Kongresses: „Man hat mich öfters gefragt, wieso es kommt, daß ich als Geistlicher einer Bewegung vorsitze, die in ihrem Schoße auch Agnostiker, Atheisten und Rationalisten zählt? Meine Antwort dazu ist, und ich bin stolz, es hier betonen zu können, daß nach meiner Ansicht gerade diese Leute, in neun Fällen von zehn, in ihrer Lebensart enger den Geist und Weg Jesus Christus kundgeben als manch andere Leute, die sich als seine Jünger betrachten.“

Frankfurter Broschüre über Hiroshima

Wir bringen hier zwei Vorträge von

Martin Niemöller

zur atomaten

Rüstung

von denen der eine in einer Kirche, der andere „auf dem Markt“, bei einer Kundgebung gegen die atomare Rüstung gehalten wurde. In beiden wird deutlich, daß Niemöller nicht als Politiker spricht, sondern als Prediger im Dienst dessen, der nicht will, daß wir Menschen seine Schöpfung zerstören, sondern brüderlich miteinander leben. Wie ernst Niemöller diese Botschaft nimmt, kann keinem entgehen, der einigermaßen unvoreingenommen liest.

Niemöller ist wohl die umstrittenste Persönlichkeit in Deutschland. Es wäre gut, wenn jeder, der sich ein Urteil über ihn erlaubt, zunächst einmal gründlich und im Zusammenhang hören würde, was er sagt, um nicht gleich über jeden Ausdruck, der den gewohnten Bahnen unseres Denkens widerspricht, zu erschrecken und sich zu entsetzen. Für Niemöller hat unsere Welt seit der Erfindung der Massenvernichtungsmittel ein völlig anderes Gesicht; diesem Umstand muß ein fundamentaler Wandel unserer Begriffe und Urteile entsprechen.

Diese Broschüre kann bestellt werden bei der Aktionsgemeinschaft gegen atomare Aufrüstung, Düsseldorf, Prinz Georg-Str. 89.

Sie kostet bis zu 100 Stück -,50 Pfg. über 100 Stück -,45 Pfg.

Im Herbst des vergangenen Jahres wurde ein Bericht über die Reise und die Ermittlungen der Frankfurter Japan-Delegation gedruckt und in einer Auflage von 225 000 Exemplaren als Postwurfsendung an alle Frankfurter Haushaltungen verteilt. Wie das Presseamt der Stadt Frankfurt bestätigt, sind zahlreiche anerkennende und begeisterte Briefe aus der Bevölkerung eingegangen, sogar andere Städte bekundeten regstes Interesse an diesem Bericht über die Auswirkungen und Nachwirkungen der Atomexplosionen in Hiroshima und Nagasaki. Kein einziger Brief lehnte den Bericht ab, nur etwa ein halbes Dutzend von 225 000 Broschüren wurden von den Empfängern wieder zurückgeschickt.

Nur der amerikanische Generalkonsul in Frankfurt, Wendel Blanke, unternahm, unterstützt von einem amerikanischen Frauenklub, einen unverständlichen Schritt. Sie ließen dem Oberbürgermeister mitteilen, daß sie über den Inhalt der Broschüre „bestürzt“ seien, daß solche Formulierungen die Amerikaner kränkten und sie aufs äußerste befremdeten. Sie kündigten sogar noch weitere Schritte bei der amerikanischen Botschaft in Bonn an, die in der Forderung nach einer formellen Entschuldigung des Oberbürgermeisters gipfelten. Mittlerweile ist, wie aus der Stadtverwaltung zu erfahren war, das gute Einvernehmen zwischen Stadtverwaltung und Generalkonsulats wiederhergestellt.

Amerika und der atomare Sündenfall
Die ganze Unmöglichkeit dieses Protestschrittes wird erst klar, wenn man erfährt, welche Stellen des Berichtes von dem amerikanischen Generalkonsul beanstandet wurden, worüber er so befremdet war. In dem Bericht heißt es: „Die Bombe, die am 6. August 1945 über Hiroshima explodierte, hatte eine Sprengwirkung von 20 000 Tonnen TNT. Sie war also 1333mal stärker als eine große ‚normale‘ Sprengbombe. Wie würde unsere Stadt aussehen, wenn eine oder gar mehrere Hiroshima-Bomben über Frankfurt explodiert wären? Das wußten wir bisher noch nicht. Dabei waren die ersten Atombomben, die Amerika herstellte, für Deutschland bestimmt.“ Darüber waren die Amerikaner bestürzt und befremdet und glaubten Anlaß zu haben, dagegen zu protestieren. Sie konnten allerdings nicht sagen, daß es falsch wäre. Wir haben gewiß Verständnis dafür, daß es unangenehm ist, wenn man sich sagen lassen muß, daß Amerika den Atomtod in die Welt gebracht hat. Der Leiter des Atomprojektes in Amerika, Robert Oppenheimer, hat es selbst gesagt: „Wir haben das Werk des Teufels getan!“ Ebensowenig wie wir die Untaten Hitlers leugnen oder vielleicht mimosenhaft bestürzt sind, wenn man diese uns vorhält, dürfen auch die Amerikaner den atomaren Sündenfall leugnen wollen. Davon wird sie nun kein Regen mehr reinwaschen können. Die atomare Schuld Amerikas wird um so eklatanter, weil fast alle in Amerika an der Bombe beschäftigten Wissenschaftler vor ihrem Einsatz warnten.

In einem von General Dwight D. Eisenhower unterschriebenen Flugblatt mit

dem Datum vom 17. März 1945, das am 18. März 1945 über Frankfurt abgeworfen wurde, heißt es: „Besonders wird darauf hingewiesen, daß in oben genannten Gebieten von nun an weder Bunker noch Unterstände Sicherheit gewähren können.“ Damit ist, wenn auch etwas verfrüht,

der Frankfurter Bevölkerung die Atombombe angekündigt worden, denn gegen die bisherigen Sprengbomben hielten ja die Bunker — es kann also hier nur die Atombombe gemeint sein. Wie aus vielen amerikanischen Zeugnissen hervorgeht, haben die Amerikaner nur deshalb so fieberhaft an der Atombombe gearbeitet, weil sie Angst hatten, daß Hitler-Deutschland die Atombombe vor ihnen hätte. In diesem Punkt aber hatten die Amerikaner sich gründlich geirrt, denn die führenden deutschen Kernphysiker Hahn, Heisenberg, Straßmann und andere schwiegen, und ihrem Schweigen hat die Welt es zu danken, daß Hitler nicht die Atombombe bekam.

Nun hatte Hitler-Deutschland am 8. Mai kapituliert, und damit hätte Amerika den Sündenfall nicht mehr nötig gehabt. Arthur Holly Compton, der auch maßgeblich am Atomprojekt beteiligt war, schreibt in seinen Erinnerungen dazu: „Nach der deutschen Niederlage in der Ardennenschlacht 1944 war es offensichtlich, daß es nur noch Monate dauern würde, bis Deutschland ganz besiegt wäre. Den am Projekt arbeitenden Männern war es daher klar, daß die Atombomben, wenn sie überhaupt eingesetzt werden sollten, nicht über Deutschland, sondern über Japan abgeworfen werden würden. Volney Wilson, der jetzt eine doppelte seelische Last mit sich schlepte, kam in der ernsthaften Hoffnung zu mir, daß wir einen Atomangriff auf Japan vermeiden könnten. Er argumentierte vor allem mit christlichen Motiven. Konnten wir nicht doch einen anderen Weg zur Beendigung des Krieges finden als die entsetzliche Zerstörung, die, wie wir wußten, die Bomben anrichten würden?“

Nicht nur Compton und Wilson, sondern auch Franck und viele andere Wissenschaftler warnten die Regierung vor dem Abwurf der Atombombe. Es fielen aber nicht allein eine, sondern sogar zwei Atombomben und richteten entsetzliches Unheil an. Kein Mensch in der Welt wird Verständnis dafür aufbringen können, wenn jetzt ein Vertreter Amerikas sich das Recht herausnimmt, von einem Deutschen eine Entschuldigung zu verlangen, wenn er diese Wahrheit ausspricht, um sein Land und die Welt vor dem weiteren Atomtod zu bewahren. Denn das allein war Sinn und Aufgabe der Broschüre, mit der die Frankfurter Bevölkerung die Wahrheit über die Atombombe erfahren sollte.

hr.

Anmerkung:

Die Broschüre, um die es hier geht, wird in Kürze von der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“, Düsseldorf, Prinz-Georg-Str. 89, zum Preise von DM 0,50 zu erhalten sein. Bestellungen können schon jetzt an diese Anschrift gerichtet werden.

D.Red.

Europäisches Komitee gegen Atomrüstung gegründet

In dem Gebäude, in dem im Januar 1946 die erste Vollversammlung der Vereinten Nationen getagt hat, wurde am 17. Januar dieses Jahres in London das sogenannte Europäische Komitee gegen Atomrüstung gegründet. Der eigens zu diesem Zweck einberufene „Europäische Kongreß gegen Atomrüstung“ hatte allerdings nicht die Möglichkeit, über die Zweckmäßigkeit dieser Gründung zu diskutieren, denn nachdem der Münchener Schriftsteller Hans Werner Richter den Kongreßteilnehmern sein Projekt für ein „Europäisches Komitee“ vorgelesen hatte, fügte er gleich hinzu, daß eine Aussprache über dieses Projekt sich erübrige, da man gerade dabei sei, das Komitee zu gründen.

Nach dieser kalten Dusche war es nicht verwunderlich, daß die Diskussion auf dem Kongreß nicht recht zustande kam. Vielleicht war aber auch die Art, wie dieser Kongreß von seinen Organisatoren, der „Campaign for Nuclear Disarmament“ (Lord Russel) und dem „Komitee gegen Atomrüstung e. V., München“ (Hans Werner Richter), zusammengesetzt worden war, daran schuld, daß er sich von einer gewissen Lustlosigkeit nicht befreien konnte.

250 Personen, die offenbar nach einer sehr sorgfältigen Auslese individuell eingeladen worden waren, nahmen an dem Kongreß in London teil. Sie kamen aus neun westeuropäischen Ländern: England (ca. 100 Teilnehmer), Bundesrepublik (ca. 80 Teilnehmer), Schweiz, Frankreich, Holland, Belgien, Österreich, Norwegen und Schweden. Das neugegründete „Europäische Komitee“ setzt sich aus je zwei Vertretern dieser 9 Länder zusammen. Der Name „Europäisches Komitee gegen Atomrüstung“, den Hans Werner Richter dem von ihm geschaffenen Organismus gegeben hat, ist einigermaßen irreführend, zunächst weil ja bei weitem nicht alle europäischen Länder in dem Komitee vertreten sind, und dann, weil selbst die Vertreter der neun westeuropäischen Länder in diesem Komitee nicht den Anspruch erheben können, die gesamte Bewegung gegen die atomare Rüstung in ihren Ländern zu repräsentieren.

Obwohl im Verlauf des Kongresses von mehreren Teilnehmern die Einengung und Abkapselung sowohl des Kongresses wie auch des Komitees bemängelt wurde, hat der zum vorläufigen Präsidenten des „Europäischen Komitees“ ernannte Hans Werner Richter keine Andeutung gemacht, daß er eine Ausweitung des Komitees anstrebe.

Neben diesen wenig erfreulichen Erscheinungen hat der Kongreß in London aber auch eine Reihe positiver Dinge gebracht. So wurde zum Schluß ein Vorschlag zur Einberufung einer Weltkonferenz gegen Atomrüstung angenommen, zu dem Vertreter aus allen Ländern des Westens und des Ostens ohne Unterschied der Hautfarbe, der Religion und der Weltanschauung eingeladen werden sollen. Der Kongreß beauftragte das neugegründete „Europäische Komitee“ mit der Vorbereitung und Durchführung dieser Weltkonferenz.

Die Konferenz hat mit großer Empörung von der Absicht Kenntnis genommen, das 47. britische Raketen-Regiment auf dem Dortmund Flugplatz zu stationieren. Ein Protesttelegramm wurde an den britischen Premier MacMillan gesandt, in dem die Rückgängigmachung dieses Planes gefordert wird.

Lord Russel hatte zuvor den Kongreß mit einer bedeutungsvollen Rede eröffnet, in der er die Einstellung der A- und H-Bomben-Experimente als „das unmittelbarste und dringendste praktische Problem“ bezeichnete. Denn wenn erst einmal die Versuche verboten sind, dann könnte auch leichter verhindert werden, daß sich noch mehr Staaten nukleare Waffen zulegen. Nach Auffassung von Lord Russel ist allerdings „die einzig tatsächlich wirksame Methode der Kriegsvermeidung die Schaffung einer internationalen Behörde, die der alleinige Besitzer der wichtigeren Kriegswaffen ist“.

Dr. Robert Jungk hat sowohl den Teilnehmern des Londoner Kongresses wie auch am nächsten Tag den Anwesenden auf der Abschlußkundgebung in der Frankfurter Paulskirche den von ihm ausgearbeiteten Entwurf einer „Europäischen Charta“ unter-

breitet, die nach einer möglichst breiten Diskussion zur ideologischen Grundlage der gesamten europäischen Bewegung gegen die nuklearen Waffen werden soll. In der Präambel dieser in 7 Punkte gegliederten Charta heißt es:

„Wir sind entschlossen, die drohenden Entwicklungen, die sich aus der auf immer neue Länder übergreifenden nuklearen Aufrüstung ergeben, rechtzeitig zu erkennen und, soweit es in unserer Macht steht, zu verhindern, daß diese Entwicklung andauere, denn wir hoffen auf eine vernünftige Welt, aus der Furcht und Not verbannt sein werden.“ Die Charta schließt mit dem Bekenntnis: „Wir bekennen, daß wir angesichts der Möglichkeit eines atomaren Selbstmordes unseres Geschlechts die Treue zur Menschheit über die Treue zu einer Nation oder einer bestimmten ideologischen Gruppierung stellen müssen. Deshalb werden wir uns weigern, in irgendeiner Form an Aufgaben mitzuarbeiten, die von uns als menschenheitsgefährdend erkannt worden sind, und zwar auch dann, wenn wir dadurch in Konflikt mit den hinter der Entwicklung zurückgebliebenen Gesetzen unseres Landes geraten sollten.“

Grußbotschaft von Prof. Karl Barth

Es ist mir leider nicht möglich, an diesem Kongreß teilzunehmen.

Es freut mich ferner zu bekunden, daß ich die Bestrebungen Ihres Kongresses gut heiße und unterstütze. Genehmigen Sie daher meine Wünsche für den besten Erfolg.

Ich erlaube mir, nachstehend meine persönlichen Ansichten zu geben hinsichtlich der unter Diskussion stehenden Traktanden, und zwar:

1. Alle entscheidenden Argumente, die mit den Ungerechtigkeiten und den Gefahren der Atomwaffen im Zusammenhang stehen, sind im Verlauf der letzten Jahre ausführlich und öffentlich erörtert worden, und zwar durch Leute aller Richtungen und Meinungen. Wer immer Ohren hatte zum Hören, war imstande, zu hören!

2. Wir stehen jedoch vor einer zweiten Tatsache: a) unsere Regierungen — obwohl sie das Problem und seine ernststen Folgen erkennen, bzw. es nicht in Frage stellen — sind trotzdem entschlossen, mit ihren verhängnisvollen Unternehmungen fortzufahren; b) die Mehrheit der Bevölkerung unserer Nationen, obwohl im Geheimen — manchmal auch öffentlich — durch die Gefahr der Atomwaffen erschreckt, sieht davon ab, öffentlich zu protestieren oder Widerstand zu leisten; c) sogenannte gebildete und/oder geistliche Kreise, wenn auch bereit und geneigt, die „Tragödie“ der Menschheit“ von dem abstrakten, philosophischen oder theoretischen Gesichtspunkt aus zu besprechen, sehen immer noch davon ab, sich in entscheidender Weise für oder gegen die Atomwaffen auszusprechen.

3. Die Ursache dieses sich an den Tag legenden Widerspruchs kann man in der Angst erblicken, daß unsere „sacrosankte“ Lebensart angeblich von Seiten eines ideologischen und weltumspannenden Feindes bedroht ist;

eine Gefahr, gegen die man keine anderen Gegenmaßnahmen erblickt, als mit Atomdrohung zu antworten. 4. Sollte es keinen Weg geben, diesen ideologischen, weltumspannenden Antagonismus sowie die damit verbundene Angst wegzuschaffen, ist zu befürchten, daß der Gegensatz zwischen besserer Einsicht und schlechter Politik unserer Regierungen sich als unüberbrückbar erweisen wird. Als Folge daraus müssen wir daher erwarten, daß man fortfahren wird, diese schrecklichen, verhängnisvollen Atomwaffen aufzustapeln.

5. Ich erblicke eine entscheidende Aufgabe von Seiten der Atomwaffen-Gegner: sie müssen sich zu neuen, unvoreingenommenen Anstrengungen entschließen, um diesen verhängnisvollen Gegensatz zu bewältigen. Diese Anstrengungen werden Erfolg haben, falls diese Gegner in aller Offenheit eine furchtlose Stellung beziehen, die sich auf Gott und die Menschheit bezieht.

6. Es bleibt selbstverständlich, daß der praktische Widerstand gegen die Atomwaffen fortgesetzt werden muß — Widerstand, der tatkräftig bleiben muß, abgesehen von direktem Erfolg oder Versagen; Widerstand, der sich in jedem Land und bei jedem Lebensschritt bemerkbar macht.

7. Eine letzte und dringende Frage bleibt offen (und es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Kongreß sich damit zu befassen haben wird): Man hat genug diskutiert und Wortgefechte durchgeführt. Sollte der Widerstand nicht konkretere und tatsächliche Formen annehmen? Sollte der Kongreß nicht einen aktiven Widerstand in Betracht ziehen (wie z. B. eine öffentliche Empfehlung, Militärdienst zu verweigern)?

Basel, den 7. Januar 1959.

Karl Barth

Kundgebung in der Paulskirche

Der erste „Europäische Kongreß gegen Atomrüstung“, zu dem auf Anregung des englischen Philosophen und Nobelpreisträgers Bertrand Russell die Vertreter aus zehn europäischen Ländern in London zusammengekommen waren, fand mit einer großen Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche einen imponierenden Abschluß. Die Paulskirche war überfüllt.

In London hatten die Vertreter aus Frankreich, Belgien, Holland, Schweiz, England, Schweden, Norwegen, Italien, Österreich und Deutschland ein „Europäisches Komitee gegen Atomrüstung“ gegründet. Als die Aufgabe des Komitees bezeichnete der Münchener Schriftsteller Hans Werner Richter, der zunächst den Vorsitz im Komitee übernommen hat, die Gründung weiterer nationaler Komitees in anderen Ländern, die Verbesserung der Informationsmöglichkeiten, breiteste Aufklärung und schließlich gemeinsame Aktionen gegen Atomrüstung. Neue Impulse werden zweifellos von diesem europäischen Zusammenschluß ausgehen. Denn der Protest, der von einer europäischen Ebene aus abgegeben wird, hat zweifellos mehr Gewicht als ein nationaler. Und es soll, wie aus mehreren Reden in der Paulskirche hervorging, nicht bei diesem europäischen Zusammenschluß bleiben. Noch in diesem Jahre soll ein Weltkongreß der Atomgegner organisiert werden. Nur dann kann, so argumentierte der Bezirksbürgermeister von Berlin-Kreuzberg, Krefßmann, die Freiheit und der Friede in der Welt erhalten werden.

Den Gedanken der Freiheit griff auch Oberbürgermeister Bockelmann auf, der den Kongreß in der Paulskirche begrüßte. Er zitierte ein Wort des letzten Goethepreisträgers Carl Friedrich von Weizsäcker: „Mit den H-Bomben kann man nur drohen, wenn man bereit ist, mit dem Gegner unterzugehen.“ Es ist also falsch zu sagen, ein Atomkrieg würde nicht kommen, wenn das Gleichgewicht des Schreckens hergestellt ist. Ein Atomkrieg würde im Gegenteil das Ende der Menschheit bedeuten. Die Welt ist von einem tiefen Schrecken erfüllt, der noch gesteigert wird, weil die wenigen, die den ganzen Umfang des Schreckens kennen, ein Geheimnis daraus machen. Oberbürgermeister Bockelmann begrüßte die Initiative des Europäischen Komitees, die Informationsmöglichkeiten zu verbessern und eine ständig wachsende breiteste Aufklärung anzustreben.

Mehrere Redner stellten angesichts der erschreckenden Tatsache, daß trotz aller Wissenschaftsbeweise es immer noch Menschen gibt, die die menschenbedrohende Gefahr der H-Bombe nicht einsehen wollen, die Frage: Ist der Mensch denn dümmel als das Tier? So sagte es Nobelpreisträger Max Born: „Im Tierreich wird der Kampf eingestellt, wenn die Tierrasse bedroht ist.“ Aus der Sicht des Naturwissenschaftlers bestätigte er: Die Machtpolitik hat versagt. Wir müssen grundsätzlich umdenken und begreifen, wie sinnlos es ist, mit etwas zu drohen, das allen den Untergang bringt. Die Naturwissenschaftler und Theologen, die Philosophen und alle Geistigen — so faßte er abschließend zusammen — begegnen sich in der



Kundgebung in der Paulskirche. Christian Mayer-Amery, Pastor Trocmé, Hans Werner Richter

Erkenntnis, wie sinnlos der Gebrauch der Macht geworden ist — nur die Politiker wollen es nicht einsehen oder aber handeln nicht danach, wenn sie es einsehen.

Robert Jungk verlas dann eine vom Londoner Kongreß verfaßte Charta gegen Atomrüstung. Die Charta erstrebt eine verstärkte Information und Erziehung, eine erhöhte Verantwortung jedes einzelnen, sie bekennt sich zur Ehrfurcht vor dem Leben, zur geistigen und politischen Freiheit, zu den Kraftquellen der Liebe und des Vertrauens als unentbehrliche Voraussetzung jeder Verbesserung der internationalen Beziehungen, zur Wahrheitsliebe und Sachlichkeit. „Wir sind — so heißt es in der Präambel — entschlossen, die drohenden Entwicklungen, die sich aus der auf immer neue Länder übergreifenden nuklearen Aufrüstung ergeben, rechtzeitig zu erkennen und soweit es in unserer Macht steht zu verhindern, daß diese Entwicklung andauere, denn wir hoffen auf eine heile Welt, aus der Furcht und Not verbannt sein werden.“ Die Charta lehnt alle Massenvernichtungsmittel als Instrument der Politik ab, kämpft gegen Geheimhaltung, Verschleierung und Verharmlosung. Sie schließt mit dem Satz: „Deshalb werden wir uns weigern, in irgendeiner Form an Aufgaben mitzuarbeiten, die von uns als menschenheitsgefährdend erkannt worden sind, und zwar auch dann, wenn wir dadurch in Konflikt mit den hinter der Entwicklung zurückgebliebenen Gesetzen unseres Landes geraten sollten.“

In schärfster Form wandte sich J. B. Priestley gegen den Besitz von Atomwaffen, die ein totalitäres Klima verbreiten und jede Verständigung unmöglich machen. Der französische Pfarrer André Trocmé charakterisierte den Londoner Kongreß als eine Widerstandsbewegung gegen Atomwaffen. Die Wissenschaft dürfe nicht aufhören, den Machtglauben an das Götzenbild der Atombombe immer wieder zu zerschlagen. Den stärksten Beifall erhielt Kingsley Martin, der Ver-

leger eines großen englischen Wochenblattes, als er Franz Josef Strauß als den gefährlichsten Mann Europas bezeichnete. Atombomben lehnte er für Deutschland ebenso ab wie für England.

Der Berliner Bürgermeister Krefßmann stellte den vielfach leider mißverständenen Berliner Studentenkongreß als beispielhaft für die Jugend heraus. Es war — so rief er aus — ein echter Aufruhr der Jugend. Als Sozialist und Gewerkschafter sprach er den Wunsch aus, daß die deutsche Arbeiterbewegung mehr als bisher Kontakt zu dieser Jugend aufnehme und deren neue Sprache verstehe. Der englische Gewerkschaftsführer John Horner sagte die Unterstützung der englischen Gewerkschaften im Kampf gegen Atomrüstung zu. Waldemar von Knöringen begrüßte im Namen der sozialdemokratischen Partei den europäischen Zusammenschluß gegen Atomrüstung. Die SPD habe von Anfang an den Kampf gegen die Atomrüstung geführt, und sie würde sich selbst aufgeben, wenn sie in diesem Kampf erlahme. Den atomhungrigen Verteidigungsminister Strauß bezeichnete Knöringen als ein Symbol der Vergangenheit. Mit einer grausamen Vereinfachung versuche er, längst Vergangenes noch zu retten. Mit einem flammenden Appell, den Frieden zu retten, beschloß Stefan Andres die lange Reihe der Redner. Er verurteilte die Machtpolitik als eine Konzeption, die noch tief im 19. Jahrhundert stecke. Er schloß mit einem Wort des verstorbenen Friedenskämpfers Reinhold Schneider, „dem Unglauben der Macht den Glauben der Machtlosigkeit entgegenzusetzen“. Bei einem Empfang im Rathaus, der sich an die Kundgebung anschloß, berichtete ein holländischer Delegierter über die erfolgreiche Arbeit des Komitees gegen Atomrüstung in Holland. Der englische Schriftsteller Ben Lewy nannte jeden Deutschen, der mit ihm gegen den Atomkrieg kämpft, seinen Freund.

Europäische Charta gegen atomare Aufrüstung

Präambel:

WIR EUROPAER, aus deren Kontinent die Pioniere der Atomforschung hervorgegangen sind, wollen uns zu einigen Grundsätzen unseres Handelns bekennen, die geeignet sein könnten, die heute noch ungezügelten „neuen Kräfte“ des atomaren Zeitalters zu beendigen.

Wir sind entschlossen, die drohenden Entwicklungen, die sich aus der auf immer neue Länder übergreifenden nuklearen Aufrüstung ergeben, rechtzeitig zu erkennen und so weit es in unserer Macht steht zu verhindern, daß diese Entwicklung andauere, denn wir hoffen auf eine heile Welt, aus der Furcht und Not verbannt sein werden.

1. Ehrfurcht vor dem Leben

Erstens: Wir bekennen uns zu dem von Albert Schweitzer geprägten Grundsatz: „**Ehrfurcht vor dem Leben**“
Deshalb müssen wir die atomaren Massenvernichtungsmittel aller Kaliber, deren Einsatz nicht nur gegenwärtiges, sondern auch künftiges Leben unwiderruflich zerstören würde, als Instrument jeder Politik ablehnen, und zwar auch dann, wenn diese Politik moralisch oder rechtlich gerechtfertigt werden könnte.

2. Information und Erziehung

Zweitens: Wir bekennen uns zur verstärkten **Information und Erziehung** der Öffentlichkeit in bezug auf alle Tatsachen und Probleme der sich immer rascher entwickelnden wissenschaftlich-technischen Revolution.

Deshalb kämpfen wir gegen Geheimhaltung, Verschleierung und Verharmlosung der Gefahren, die sich aus diesem neuen Stand der Dinge ergeben, befürworten aber ebenso sehr eine nüchterne Überprüfung aller sich aus diesem Umschwung ergebenden Möglichkeiten einer materiellen Besserung der menschlichen Lebensbedingungen.

3. Verantwortung

Drittens: Wir bekennen uns zu der **erhöhten Verantwortung**, die jedem einzelnen von uns im Zeitalter der Technik mit ihren erhöhten Möglichkeiten der Machtausübung und der aus ihr rührenden immer engeren Verflechtung aller wirtschaftlichen Tätigkeit zufällt.

Deshalb werden wir uns dem blinden Einsatz technischer Machtmittel ebenso entgegensetzen wie der zeitfremden Unterbindung friedlichen Wirtschaftsaustausches. Wir treten für allmählichen Rüstungsabbau bei gleichzeitigem Aufbau der Hilfe für notleidende Menschen aller Rassen ein.

4. Freiheit

Viertens: Wir bekennen uns zur **geistigen und politischen Freiheit**, welche durch die von den atomaren Machtmitteln ausgehenden totalitären Wirkungen in ihrer innersten Substanz gefährdet wird.

Deshalb lehnen wir es ab, Werkzeuge oder Opfer kleiner militärisch-politischer Expertenkommissionen zu werden, die unter Umgehung der demokratischen Volksvertretungen Entscheidungen über Leben und Tod fällen wollen. Wir treten für eine „**offene Welt**“ (Niels Bohr) ein.

5. Wahrheitsliebe und Sachlichkeit

Fünftens: Wir bekennen uns zu dem

in der freien Wissenschaft entwickelten Geist der **unbedingten selbstkritischen Wahrheitsliebe und Sachlichkeit**, denn durch ihn sind die großen Leistungen der Forschung, die das Gesicht unserer Zeit prägen, erst möglich geworden.

Deshalb werden wir besonders dann, wenn internationale Krisen ausbrechen, versuchen, durch Propaganda und Entstellungen hindurch zu den Tatsachen selbst vorzudringen. Der Grundsatz der Wahrheitsliebe und Sachlichkeit muß in allen Auseinandersetzungen mit Freund oder Gegner Verpflichtung sein.

6. Verständnis und Vertrauen

Sechstens: Wir bekennen uns zu den Kraftquellen der **Liebe und des Vertrauens** als unentbehrlicher Voraussetzung jeder Verbesserung der internationalen Beziehungen.

Deshalb werden wir über den Kampf gegen die Haß und Mißtrauen säenden Atomwaffen hinaus nach Verwirklichung dieser ethischen Gebote streben.

7. Treue zur Menschheit

Siebentens: Wir bekennen, daß wir angesichts der Gefahr des atomaren Selbstmordes unserer Art die **Treue zur Menschheit** über die Treue zu einer Nation oder einer bestimmten ideologischen Gruppierung stellen müssen.

Dr. Robert Jungk:

Arbeitsvorschlag

Eine der Hauptschwierigkeiten, mit denen alle Bewegungen gegen Kernwaffen rechnen müssen, ergibt sich aus der Tatsache, daß es fast unmöglich ist, ihre ursprüngliche Schwungkraft auf einer rein gefühlsmäßigen Grundlage zu erhalten. Versammlungen, Kundgebungen und Märsche sind nötig, aber sie verlieren ihre Zugkraft, wenn sie zu oft wiederholt werden.

Inzwischen fragen viele Leute: „Was können wir tun? Wir wissen seit langem, daß ein klarumrissenes Erziehungsprogramm der sicherste Weg ist, politische oder religiöse Gruppen zusammenzuhalten.“

Heutzutage ist die Notwendigkeit der Erziehung in den Tatsachen unseres Zeitalters größer als je. Selbst gebildete und belebte Menschen sind oft schlecht informiert auf dem Gebiet der sich so schnell entfaltenden Naturwissenschaften und ihren Anwendungen auf dem Gebiete der Technik. Andererseits werden Wissenschaftler und Techniker immer mehr spezialisiert, und es fehlt ihnen an Wissen über das sich verändernde politische und soziale Leben. Sie sind oft uninteressiert an den ethischen Problemen, die aus ihren eigenen revolutionären Leistungen erwachsen.

Der Kampf gegen die Kernwaffen kann und muß zur gleichen Zeit ein Kampf für das Verstehen der Kräfte sein, die unsere Welt formen. Die Teilnehmer an diesem Kampf sollten sich als wirkliche Pioniere eines Neuen Zeitalters fühlen. Es wird deshalb vorgeschlagen, daß die örtlichen



Prof. Max Born auf der Abschlußkundgebung in Frankfurt

Deshalb werden wir uns dem blinden Einsatz technischer Machtmittel ebenso entgegensetzen wie der zeitfremden Unterbindung friedlichen Wirtschaftsaustausches. Wir treten für allmählichen Rüstungsabbau bei gleichzeitigem Aufbau der Hilfe für notleidende Menschen aller Rassen ein.

Komitees, Gruppen und Sektionen aller Länder Kurse in Wissenschaft und Technik einrichten sollen.

Vorträge und Diskussionen sollen die folgenden Gebiete behandeln: Physik, Chemie, Biologie, Medizin, Soziologie, Außenpolitik und Ethik. Sie sollen von den in ihrer Größe bisher nie gekannten Möglichkeiten für Krieg oder Wohlfahrt, die wir heute besitzen, ausgehen.

Wir sagen dazu

Dr. Robert Jungk unterbreitete dem „Europäischen Kongreß für die Atomabrüstung“ die hier im Wortlaut abgedruckte „Europäische Charta“ und die „Vorschläge für ein Programm der Massenerziehung“. Sein bei der Gelegenheit geäußelter Wunsch war, seine Vorschläge mögen in allen Bewegungen gegen die atomare Aufrüstung diskutiert werden. Wir schließen uns diesem Wunsch an. Wir haben deshalb Herrn Dr. Jungk mitgeteilt, daß sich auf der zweiten Plenartagung des „Ständigen Kongresses“ am 7./8. März in Dortmund-Schwerte Gelegenheit für eine Diskussion über seine Vorschläge bieten wird und daß wir gern sehen, wenn er diese Gelegenheit nutzen und seine Vorschläge erläutern würde. Wir hoffen, Herrn Dr. Robert Jungk in Dortmund-Schwerte begrüßen zu können.

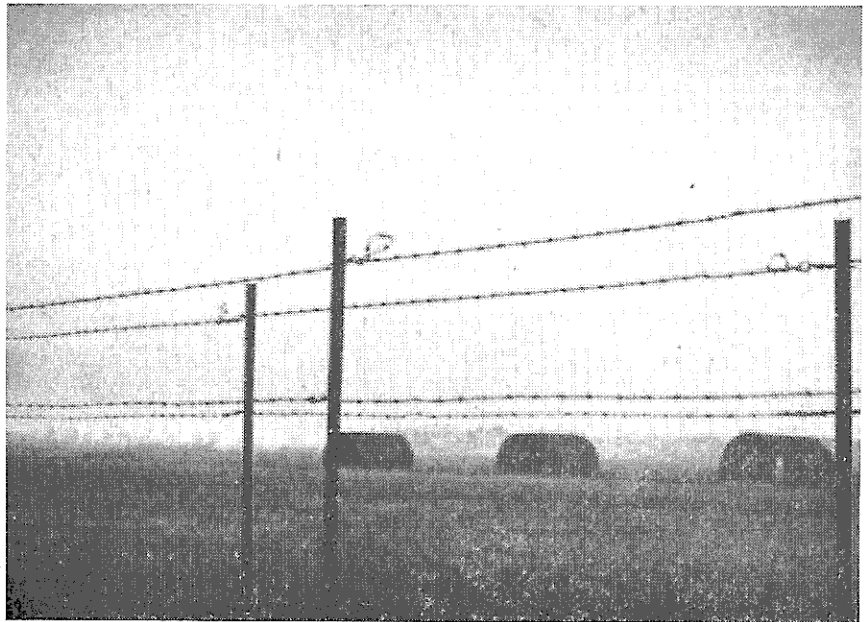
„Wir wollen nicht“

Dortmund soll Raketenbasis werden. Mitten ins dichtbesiedelte Ruhrgebiet ließ Verteidigungsminister Strauß eine britische Raketenwaffen-Einheit verlegen. Der Rat der Stadt, dem auch 22 CDU-Abgeordnete angehören, hat bei Bundeskanzler Adenauer dagegen protestiert.

Die bemerkenswerte Tatsache, daß eine Rathausfraktion der CDU geschlossen gegen die Stationierung von Raketenwaffen Stellung nimmt, ist gegenwärtig in Dortmund zu beobachten. Die 22 christlich-demokratischen Ratsherren des Dortmunder Stadtparlaments sind mit ihren 40 SPD- und vier FDP-Kollegen einer Meinung: die Entscheidung des Bundesverteidigungsministers, in Dortmund eine britische Raketenwaffen-Einheit zu stationieren, muß rückgängig gemacht werden.

„Hier zeigt sich“, erklärte ein Kommunalpolitiker der „Welt der Arbeit“, „das Atomraketen und Atomraketen zweierlei sind. Solange unheilvolle Fernlenk Waffen nur ein Faktor im außenpolitischen Schachspiel darstellen — wie in Bonn —, solange scheint es nicht schwierig, mit dem Atom auf du und du zu leben. Sobald aber die Hiroshima-Sprengkörper in ihrer grausigen Realität direkt vor der Haustür stehen — wie jetzt bei uns in Dortmund —, sieht alles anders aus.“

Die Ablehnung der Raketenstellung im Dortmunder Vorort Brackel hat auch die Arbeitsgemeinschaft der Dortmunder Frauenverbände mit ihren 24 Organisationen veranlaßt, dem Verteidigungsminister ein Protesttelegramm zu senden. „Und im Vorstand der Frauenverbände sind sogar Damen, die man sonst eigentlich nur ‚reaktionär‘ und SPD-feindlich bezeich-



Zur Raketenbasis auserséhen: Flugplatz Dortmund Brackel

Aber dann sagte er doch, vorläufig — nur vorläufig — müsse Dortmund erhalten.

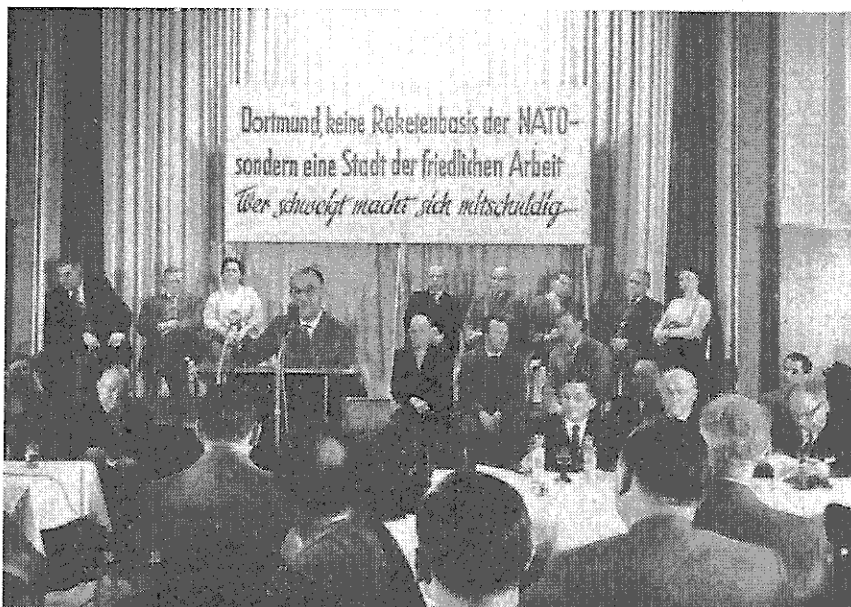
„Leider“, erklärte OB Keuning der „Welt der Arbeit“, „ist bei uns nichts so dauerhaft wie ein Provisorium“. Warum sich Strauß ausgerechnet Dortmund für die Stationierung der „Cor-

poral“ in der Geschichte der Dortmunder CDU ausgekannt hätte. Als nämlich vor fünf Jahren die ersten Sprenglöcher auf westdeutschen Straßen und Brücken gebohrt wurden, da waren sich auch damals CDU und SPD in Dortmund einig im „Nein“. Und Oberbürgermeister Keuning schüttete mit seinen eigenen Händen das erste auf Dortmunder Boden gebohrte Sprengloch wieder zu. Ein Ratsherr, Besitzer einer Baufirma, stellte den Wagen mit dem notwendigen Zement zur Verfügung.

Daß Raketen auf dem Brackeler Flugplatz stehen sollen, bedrückt die Dortmunder nicht nur wegen der möglichen Gefährdung. Mit der Beschlagnahme des Flughafens schwinden auch die großzügigen Pläne eines Anschlusses an das Luftverkehrsnetz. Außerdem hatten die Hoesch-Werke, die neue Hochöfen und Walzstraßen errichten wollen, ein Auge auf das Flugplatzgelände geworfen.

Übrigens beobachtet man auch in Braunschweig, Hannover und Göttingen den Ausgang der Dortmunder Raketenaffäre mit Spannung. Die „Corporal“-Raketen mit ihren Atomsprenghköpfen haben nämlich eine Reichweite von 120 bis 180 Kilometern.

(„Welt der Arbeit“)



Protestkundgebung mit Prof. Dr. Walter Hagemann in Dortmund

nen kann“, wunderte sich ein alter Sozialist.

Im Auftrage des Rates seiner Stadt besuchte Oberbürgermeister Kreuning am 3. Februar 1959 den Verteidigungsminister. Das Ergebnis der Unterredung war enttäuschend. Strauß griff sich zwar seinen Atlas aus dem Bücherschrank, um wenigstens auf der Landkarte nach einem anderen Stützpunkt für das britische Fernlenk-waffen-Regiment Nr. 47 zu suchen.

poral“-Raketen ausgesucht hat, ist nicht ganz ersichtlich. Die Widerstände aus der Bevölkerung dürften ihn nicht überrascht haben. Daß bei den Dortmunder Industriearbeitern die von Strauß ausgestreute Saat der Wehrfreudigkeit nicht aufgegangen ist, zeigten die heftigen Demonstrationen, die im letzten Jahre gegen die atomare Aufrüstung der Bundeswehr stattfanden.

Den Strauß-Vorgänger Blank beein-

300 Atombomber in der Luft

Paris. Die USA haben ständig 250 bis 300 mit Atombomben ausgerüstete Bomber in der Luft, berichtete der Sekretär des außenpolitischen Ausschusses der französischen Nationalversammlung, Charles Hernu, nach einem Besuch im Hauptquartier des Strategischen Luftkommandos der USA in Nebraska.

Handeln tut not

Ein Diskussionsbeitrag zur zweiten Plenartagung des Ständigen Kongresses

„Kampf dem Atomtod! Wir werden nicht Ruhe geben, solange der Atomtod unser Volk bedroht“, so hieß es in dem ersten Appell des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“. Der Atomtod bedroht uns noch immer, noch immer ist der Beschluß über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr nicht rückgängig gemacht worden. Im Gegenteil, die Vorgänge in Dortmund — um nur dies ein Beispiel aus einer großen Zahl anderer zu zitieren — zeigen deutlich, daß die Atomstrategen in der Bundesrepublik eifrig am Werk sind, um vollendete Tatsachen zu schaffen, Tatsachen, die die Existenz des deutschen Volkes, die den Weltfrieden in direkter und unmißverständlicher Weise bedrohen.

Der Atomtod droht also nach wie vor, ja sogar noch stärker und noch greifbarer als vor zehn Monaten, da der soeben zitierte Appell veröffentlicht wurde. Resigniert stellte aber auf dem Studentenkongreß gegen Atomrüstung in Berlin der Vorsitzende des Arbeitsausschusses „Kampf dem Atomtod“, Dr. Walter Menzel, fest, die Welle großer Aktionen und Kundgebungen wäre „schnell abgeebbt“. Dr. Menzel vergaß allerdings zu erwähnen, daß an diesem Umstand nicht nur die psychologische Offensive des Herrn Strauß, sondern vor allen Dingen der eigentümliche Beschluß des von ihm präsidierten Arbeitsausschusses vom vergangenen Juli schuld war, durch den die gesamte Tätigkeit der Ausschüsse „Kampf dem Atomtod“ in einen künstlichen Sommerschlaf versenkt wurde, aus dem die meisten bis heute noch nicht wieder erwacht sind. Der Studentenkongreß, dessen Delegierte zu einem großen Teil Mitglieder der Arbeitsausschüsse „Kampf dem Atomtod“ waren, bewies eindeutig, daß die Bereitschaft zum Kampf gegen den Atomtod in der Bevölkerung und insbesondere in der Jugend durchaus vorhanden ist, daß also die resignierte Haltung Dr. Menzels über das Abebben des Widerstandes von falschen Voraussetzungen ausgeht.

Dr. Robert Jungk, der sich zusammen mit den Studenten und einer Reihe namhafter Persönlichkeiten auf dem Berliner Kongreß für eine Reaktivierung der Bewegung gegen die atomare Aufrüstung einsetzte, kündigte in Berlin an, daß in Kürze in London eine europäische Konferenz für nukleare Abrüstung stattfinden soll, auf der konkrete Maßnahmen zu Aktionen gegen den Atomtod zur Debatte stünden.

Der Wille zur Aktion, von dem Dr. Jungk sprach und von dem zweifelsohne auch der Initiator der Londoner Konferenz, Lord Bertrand Russell sich leiten ließ, beseelte aber offensichtlich nicht alle Organisatoren dieses „Europäischen Kongresses für Atomabrüstung“, der am 17. Januar in London stattfand und am 18. Januar mit einer Kundgebung in der Frankfurter Paulskirche abgeschlossen wurde. Während die rund 100 britischen Konferenzteilnehmer, die von Lord Russell und der von ihm geleiteten Organisation eingeladen worden wa-

ren, eine repräsentative Vertretung der gesamten britischen Bewegung gegen Atomwaffen darstellten, kann das von der aus ungefähr 80 Personen bestehenden Delegation der Bundesrepublik leider keineswegs behauptet werden. Diese Delegation, für deren Zusammenstellung der Vorsitzende des Komitees gegen Atomrüstung e. V., Hans Werner Richter, verantwortlich zeichnete, wies in der Tat bedauerliche Lücken auf. So fehlten zum Beispiel solch führende Persönlichkeiten der Anti-Atomwaffen-Bewegung der Bundesrepublik wie Frau Prof. Dr. Riemeck, Prof. Dr. Gröbe, Prof. Dr. Hagemann, Prof. Dr. Schneider und viele andere, die bestimmt nach London gekommen wären, wenn sie Einladungen erhalten hätten. Ihre Abwesenheit, die von verschiedenen Teilnehmern aus der Bundesrepublik als großer Mangel empfunden wurde, kann nicht etwa als ein Versehen betrachtet werden, sie hat vielmehr ihre Ursache in der Absicht gewisser Organisatoren der Londoner Konferenz, diese in ihrer Tragweite von vornherein einzuzengen. Hierher gehört auch die Tatsache, daß auf diesem angeblich europäischen Kongreß nur neun westeuropäische Länder vertreten waren.

Um so begrüßenswerter ist es darum, daß verschiedentlich von Teilnehmern des Londoner Kongresses versucht wurde, aus dieser dem Kongreß auferlegten Isolierung auszubrechen. Hier sei vor allen Dingen das bedeutungsvolle Referat von Lord Russell genannt, mit dem die Londoner Konferenz eingeleitet wurde. Lord Russell betonte, daß die hauptsächlichste Ursache für die bisherige Verhinderung einer Entspannung in der Welt in der auf beiden Seiten vorhandenen ideologischen Unduldsamkeit zu suchen sei. „Dieser ideologische Fanatismus ist keineswegs neu“, erklärte Bertrand Russell. „Er beherrschte durch Jahrhunderte die Beziehungen zwischen Christentum und Islam und 130 Jahre die Beziehungen zwischen Protestanten und Katholiken. In allen diesen Fällen wurde schließlich erkannt, daß der Versuch, eine Ideologie mit Waffengewalt aufzuzwingen, zum Scheitern verurteilt ist... Wir können uns jetzt nicht tausend Jahre oder auch nur 130 Jahre „ideologischer“ Kriegführung leisten. Beide Gruppen müssen in anderer Weise als durch Kriegserfahrung sich gegenseitig ertragen lernen, sonst werden beide untergehen.“ Lord Russell empfahl zur Überwindung dieses ideologischen Fanatismus zwei Mittel: bessere und vertrauensvollere Beziehungen zwischen den Regierungen sowie eine bedeutende Vermehrung der Kontakte zwischen den Völkern des Ostens und des Westens, um so das gegenseitige Verständnis und schließlich auch die Verständigung zu fördern.

Diese Idee von Lord Russell wurde in einem Vorschlag aufgegriffen, der von dem Exekutivrat der von Bertrand Russell geleiteten „Campaign for the nuclear disarmament“ auf der Konferenz eingebracht wurde. Dieser Vorschlag, der von dem Londoner

Kongreß mit Enthusiasmus angenommen wurde, sieht die Einberufung einer Weltkonferenz für Atomabrüstung vor, an der unterschiedslos Vertreter aller Schichten aus allen Ländern des Westens und des Ostens teilnehmen sollen. Mit der Realisierung dieses Planes beauftragte die Konferenz das gerade neugegründete „Europäische Komitee“ gegen Atomrüstung, dessen erster Präsident Hans Werner Richter wurde.

Einem solchen Plan kann man nur zustimmen und wünschen, daß er bald verwirklicht werde. In den vergangenen Monaten wurde die Einberufung einer derartigen Weltkonferenz schon von verschiedenen Seiten in Vorschlag gebracht, so vor allen Dingen von der Tagung des Weltfriedensrates in Stockholm und von der Japanischen Konferenz gegen A- und H-Bomben in Tokio. Die drei internationalen Tagungen der Wissenschaftler in Pughwash, Kitzbühel und Wien haben gezeigt, daß eine derartige Konferenz möglich und auch von unermeßlichem Nutzen ist.

Richtige Beschlüsse sind eine gute Sache, noch besser aber ist, sie schnell zu realisieren. Es muß darum schnell gehandelt werden, denn die Atomstrategen sind ihrerseits keineswegs bereit, ihre Hände in den Schoß zu legen. Hans Werner Richter, der als Präsident des „Europäischen Komitees gegen Atomrüstung“ mit der Durchführung des Londoner Beschlusses beauftragt wurde, täte darum gut daran, sich so schnell wie möglich mit dem Weltfriedensrat und dem Japanischen Komitee gegen A- und H-Bomben in Verbindung zu setzen, um gemeinsam die Weltkonferenz zu organisieren. Da eine solche Weltkonferenz ohne die aktive Beteiligung der organisierten Arbeiterschaft undenkbar ist, sollten auch die beiden großen Gewerkschaftsorganisationen, der Weltgewerkschaftsbund und der Internationale Bund Freier Gewerkschaften, in die Vorbereitungsarbeiten der Weltkonferenz miteinbezogen werden.

Die Gefahr ist groß, darum muß schnell auch in bezug auf die internationale Zusammenarbeit etwas von allen Regierungen gemeinsam Getragenes geschehen.

Auch auf internationaler Grundlage wäre ein „Ständiger Kongreß“ aller Gegner atomarer Rüstung vonnöten.

Verfahren gegen Mochalski eingestellt

Darmstadt. Die Generalstaatsanwaltschaft in Frankfurt hat das gegen den Darmstädter Studentenpfarrer Mochalski eingeleitete Verfahren eingestellt. Mochalski war im Sommer vergangenen Jahres zum Vorwurf gemacht worden, er habe in seinem gegen die Atomrüstung gerichteten Flugblatt „einige Minister und Generale“ dafür verantwortlich gemacht, daß auch in der Bundesrepublik der Atomkrieg vorbereitet werde.

Unseren Lesern ist das Flugblatt „Es handelt sich um Mord“ als Beilage im „Kongreßdienst“ bekannt geworden.

Atomkraft und Freiheit

Ohne ihn beim Namen zu nennen, setzt sich Prof. Dr. Walther Gerlach, München, einer der Unterzeichner des Göttinger Manifestes, mit Verharmlosungen auseinander, die Professor und Bundestagsabgeordneter der CDU Pascual Jordan, Hamburg, zur Frage der radioaktiven Gefahren nach Atombombenexplosionen für angezeigt hält. Gerlach schreibt in Band 52 von Rowohlt's deutscher Enzyklopädie „Atomkraft und menschliche Freiheit“ unter anderem: „Bei den Versuchsexplosionen von Atombomben kommen die Gefahren durch die radioaktiven Spaltprodukte genau wie im Ernstfall voll zur Wirkung. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß seit einigen Jahren die Radioaktivität aller Niederschläge, des Luftstaubs, der Erdoberfläche, der Organe der Tiere und der Menschen und besonders der Kinder dauernd zunimmt, daß man jetzt überall künstlich radioaktive Stoffe antrifft, die vorher nicht da waren und die aus den Atombombenversuchen der Amerikaner, Briten und Russen stammen. Die Frage, ob etwa in unseren Gegenden schon ein Schaden angerichtet ist, und die richtige Antwort, daß dieses nicht anzunehmen sei, dienen nur dazu, von einer klaren Betrachtung der Tatsachen abzulenken. Gesetzt den Fall, heute habe die radioaktive Verseuchung in Europa noch keinen gefährlichen Grad erreicht, so gilt das sicher nicht in anderen Gegenden der Welt. Wer ehrlich hierüber urteilen will, muß aber hinzufügen, daß die Biologie noch gar nicht weiß, welche radioaktiven Strahlungsmengen unbedenklich, welche bedenklich oder gefährlich sind. Gerade jetzt wurde bekannt, daß man neuartige Knochen-schäden durch Aufnahme radioaktiver Substanzen in solchen Fällen gefunden hat, in welchen bisher keine Strahlungsschädigung (bei nachweislich aufgenommenem Radium) diagnostiziert war. Die Tests gehen aber laufend weiter, die Verseuchung nimmt zu. Es gibt Meinungen, daß man Gefahren eben in Kauf nehmen müsse (warum eigentlich gerade diese???) und es gibt die Meinung eines bekannten theoretischen Physikers, daß die Strontiumablagerung in Knochen ruhig weitergehen könne — in 30 Jahren, wenn sie wirkte, hätte man längst ein Mittel gegen Knochentumore — nur völlige ‚Phantasielosigkeit‘ könne das übersehen. Das ist ziemlich das Tollste, was bisher zur Rechtfertigung der Atomkriegsvorbereitung angeführt wurde — aber der erwähnte Wissenschaftler hält ja auch diesen für nicht so schlimm, wenn die Menschen nur ‚vernünftig‘ werden und sich darauf einrichten, ohne Schwierigkeiten und Unbequemlichkeiten einmal fünf Jahre unter der Erde zu bleiben... im Jahre 3000 werden Millionen auf dem Mars leben (gibt's da dann keine Atomwaffen?)... die Erdmenschchen werden (schon in naher Zukunft) einige Jahre des Ausgehverbots gut überstehen, sofern bis dahin die unterirdischen Städte fertig sind, welche die einzig mögliche Stadtform der Zukunft sind.“ Über die uns drohenden Gefahren durch Mißbrauch der Atomkernenergie braucht nach diesem Zitat kein weiteres Wort gesagt zu werden.“



In vielen Städten werden zur Zeit Atommahnwachen durchgeführt. 3 Bilder aus Wuppertal zeigen, wie sehr der Bevölkerung der ganze Ernst der Situation verdeutlicht wird. Ein gutes Beispiel.

Erklärung des Deutschen Kulturtages

Dreizehn Jahre nach dem zweiten Weltkrieg lebt die Welt erneut am Rande eines Krieges. Deutschland ist wieder zu einem der gefährlichsten Herde eines drohenden Weltbrandes geworden. Noch immer haben wir keinen Friedensvertrag, und unser Land ist in zwei Staaten gespalten, deren Menschen sich immer fremder werden. Zudem gehört jeder der beiden deutschen Staaten einem anderen der zwei großen Militärböcke an. Dieser Fehlentwicklung muß ein Ende gesetzt werden.

1. 1952 und 1954 wurde die Möglichkeit freier deutscher Wahlen als Weg zur Einheit Deutschlands ignoriert. So bleibt für diesen heute nur noch die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten über einen Staatenbund (Konföderation).

2. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Wiedervereinigung Deutschlands in erster Linie eine Angelegenheit der Deutschen ist. Es wäre beschämend, an die Rechtspflicht der vier Mächte zu appellieren, ohne daß vorher die beiden deutschen Staaten in dieser Frage zu einer Übereinstimmung gekommen wären.

3. Die Vertreter beider deutscher Regierungen und Parlamente müssen sich ohne Vorbedingungen in echter Kompromißbereitschaft an den Verhandlungstisch setzen, um zu einer gemeinsamen Plattform für das Zusammenleben aller Deutschen zu kommen. Dabei ist unerlässlich für beide Partner, davon auszugehen, daß jedes Ansinnen, die Struktur des einen Staates automatisch auf den anderen zu übertragen, zum Scheitern verurteilt ist. Jeder Versuch aber, durch Gewalt eine Lösung erzwingen zu wollen, muß zum Atomweltkrieg führen, bei dem zuerst unsere Heimat in eine unbewohnbare Wüste verwandelt würde.

4. Die Bildung einer deutschen Konföderation würde in der Folge das Ausscheiden der beiden deutschen Staaten aus ihren militärischen Bündnissen ermöglichen, die beiden militärischen Machtblöcke auf europäischem Boden auseinanderrücken und so die europäischen Völker von einem Alpdruck befreien.

5. Mit Recht sagt das Göttinger Manifest der 18 Atomphysiker: „Für ein kleines Land wie die Bundesrepublik glauben wir, daß es sich heute noch am besten schützt und den Weltfrieden noch am ehesten fördert, wenn es ausdrücklich und freiwillig auf den Besitz von Atomwaffen jeder Art verzichtet.“ Diese Meinung muß Allgemeingut werden.

6. Zur Herbeiführung der Konföderation erscheint uns für die Wiederherstellung der deutschen Einheit die Bildung einer Viermächtekommission und einer Kommission aus Vertretern beider deutscher Staaten notwendig, die gemeinsam einen Friedensvertrag für Deutschland erarbeiten.

Das Gespräch von Regierung zu Regierung, von Parlament zu Parlament, von Bürger zu Bürger muß in Gang kommen. Die Zeit inhaltleerer Proklamationen muß zu Ende sein. Das lebensnotwendige Anliegen des deutschen Volkes, endlich einen Friedensvertrag und seine nationale Einheit zu erhalten, muß heraus aus der Sphäre

des kalten Krieges, ehe es zu spät ist. Die Erklärung unterzeichneten bisher unter anderen:

Prof. Dr. Dr. Saller, München; Prof. Dr. Johann Aufhäuser, München; Prof. Robert Bednorz, Wiesbaden; Prof. Fritz Behn, München; Reimar von Bonin, Konteradmiral a. D., München; Prof. Willy Cramer, Nürnberg; Prof. Dr. F. Curtius, Lübeck; Prof. Otto Dix, Hemmenhofen; Prof. Dr. H. Dopp-Vorwald, Münster; Hans Eckstein, Dir. d. neuen Sammlung, Staatl. Museum f. angew. Kunst München, Lochham/München; Prof. Dr. Martin Eichler, Basel; Prof. Dr. Gerhard Eis, Heidelberg; Prof. Dr. K.-M. Faßbinder, Bonn-Duisdorf; Prof. Dr. E. Fraenkel, Frankfurt/Main; Prof. Dr. H. Gerhard Franz, Mainz; Prof. Dr. A. Gallinger, München; Prof. Paul Geißler, Garmisch-Partenkirchen; Prof. Dr. F. Gottschalk, München; Prof. Karl Hagedorn, Düsseldorf; Prof. Dr. Walter Hagemann, Münster; Prof. Dr. R. Hamann-MaxLean, Marburg; Prof. Dr. Joh. Harder, Wuppertal; Prof. Dr. Adolf Hertlein, München; Prof. D. Dr. Johannes Hessen, Köln; Heinz Hilpert, Intendant, Göttingen; Prof. Karl Hubbuch, Karlsruhe; Prof. Johannes Kaan, Karlsruhe; Prof. Dr. Helmuth Kanter, Marburg; Prof. Dr. P. Kramp, Frankfurt/Main; Prof. Karl Kriete, Bremen; Prof. A. Kusche, Karlsruhe; Prof. Dr. W. Ludwig, Heidelberg; Lu Märten, Schriftstellerin, Berlin; Prof. Dr. Julius Mayr, München; Dr. R. Joh. Meyer, Landgerichtspräsi. i. R., Hamburg; Prof. Dr. Ernst Mohr, Berlin; Prof. Dr. Günter Pickert, Tübingen; Prof. Karl Hermann Pinney, Bessberg b. Köln; Prof. Liselotte Pistor, Stuttgart; Prof. Dr. H. Rheinfelder, München; Prof. Dr. Hanz F. Secker, Füssen; Prof. Dr. Skraup, Würzburg; Prof. Dr. Helmuth Scheibler, Berlin; Prof. Dr. Burkhart Schomburg, Osnabrück; Prof. Dr. Fr. Schuh, Erlangen; Dr. Max Steffl, München; Prof. Dr. H. Strathmann, Erlangen; Prof. Eberhard Viegner, Bilmle/West-

Dr. med. Fritz Katz:

Atomgefahren in ärztlicher Sicht

Einer der ersten Ärzte Deutschlands, die aus beruflicher und ethischer Verantwortung publizistisch gegen die Atomgefahren zu Felde zogen, Dr. med. Fritz Katz, Iserlohn, hat seine in der „Neuen Politik“, Hamburg, erschienene Artikelserie im gleichen Verlag als Schrift unter dem Titel „Atomgefahren in ärztlicher Sicht“ erscheinen lassen. Dem Verfasser kam es vor allem darauf an, unter Zusammenfassung der wichtigsten Grundbegriffe der Atomphysik in einer allgemein verständlichen Darstellung die durch die Anwendung der Kernenergie für friedliche und vor allem für kriegerische Zwecke entstehenden schwerwiegenden gesundheitlichen Schäden zu erläutern. Besonders eingehend behandelt Dr. F. Katz das Kapitel der Erbänderungen. Hierzu heißt es in der Schrift unter anderem:

„Es steht zwar sicher fest, daß jede, auch die geringste zusätzliche Strahlenbelastung Erbschäden hervorrufen kann, aber es fehlt bisher an exakten wissenschaftlichen Ergebnissen über den Umfang und die praktische Bedeutung einer künstlichen Erhöhung der Mutationsrate beim Menschen. Solche Ergebnisse sind erst im Laufe von Generationen zu erhalten. Daher ist es sehr schwierig, ein unvoreingenommenes Urteil über das Ausmaß der gegenwärtigen Strahlendrohung zu gewinnen. Prof. Westergaard meint hierzu: Es ist äußerst beunruhigend, daß wir einerseits nicht genug wissen, um eine klare, vernünftige Beurteilung des zu erwartenden Schadens vornehmen zu können, daß wir aber andererseits bereits genug wissen, um in dieser Sache große Befürchtungen zu hegen. Prof. Martius betont: Durch die deprimierende Unsicherheit in quantitativer Hinsicht wird unsere Verantwortung aber nicht beseitigt, sondern erhöht. Wir können nichts Klügeres tun, als die mutagenen Faktoren auf einem Tiefstand halten, denn es wäre Unvernunft, die natürliche Mutationsrate heraufzusetzen und dadurch das in Jahrtausenden eingespielte genetische Gleichgewicht zu stören. Fest steht: Jede Erhöhung der Mutationsrate bedeutet mehr Arzneimittel, mehr Aerzte und Schwestern, mehr Krankenbetten und mehr geschei-

terte Menschenleben. Wir haben also Grund genug, mit Entschiedenheit gegen jede unkontrollierbare und in ihren Auswirkungen zur Zeit noch nicht exakt erfassbare Erhöhung der allgemeinen Radioaktivität aufzutreten. Das gilt ganz besonders für die Atomwaffenversuche. Jeder ernstzunehmende Erbbiologe sagt uns, daß sie ein genetisches Unheil sind. Durch weitere Testexplosionen wird die gesamte Weltbevölkerung weiterhin unberechenbaren Gefahren für ihr Erbgut ausgesetzt.

Die Unsicherheit über den Umfang und die Bedeutung der zu erwartenden Strahlenschäden, die sich sowohl auf Körper wie auch auf Erbschäden bezieht, wird von Physikern, die — wie etwa Teller — die Atomwaffenversuche verteidigen, in Verknüpfung biologischer Denkweise und Tatsachen zu Beschwichtigungsversuchen benutzt. Solchen Argumenten hat leider auch Prof. v. Weizsäcker in seiner Artikelserie „Mit der Bombe leben“ Raum gegeben. Wenn der Gelehrte meint, daß „über die Zahlen selbst nur geringfügiger Streit ist“, so muß daran erinnert werden, daß ein solcher Streit schon deswegen müßig wäre, weil für den Menschen bis auf weiteres noch kein gesichertes, wissenschaftlich einwandfreies Zahlenmaterial vorliegt. Gerade darin aber liegt für den ärztlichen Beurteiler die große Verantwortung. Aber selbst wenn es sich einst erweisen sollte, daß die Zahl der Strahlentopfer, gemessen an der Erdbevölkerungsziffer, relativ gering wäre, so könnte diese Opferung von einem Arzt, der um jedes einzelne Leben zu kämpfen hat, niemals hingenommen werden. Auch der Hinweis darauf, daß eine umfangreiche Röntgendiagnostik und die künstliche Erhaltung lebensuntüchtiger Personen durch die Medizin weit zahlreichere Erbschäden ermöglicht, als dies die Atomwaffenversuche tun, kann nicht als Entschuldigung gelten, sondern nur einen gewichtigen Grund dafür abgeben, jede weitere Erhöhung der an sich schon ständig zunehmenden Zivilisations- und Erbschäden unter allen Umständen zu vermeiden.

Nun wird offiziell gesagt, daß diese Atomwaffenversuche zum Schutze unserer freiheitlichen Lebensordnung unerlässlich seien und daß man bereit sein müsse, für diesen positiven Zweck auch Opfer zu bringen. Dagegen wäre nur dann wenig einzuwenden, wenn diese Menschenopfer freiwillig und möglichst von den Verantwortlichen selbst gebracht würden. Da dies natürlich nicht der Fall ist, so ist schwer einzusehen, worin sich denn diese Atomwaffenversuche grundsätzlich von jenen Menschenversuchen in den Konzentrationslagern unterscheiden, über die sich die gesamte Kulturmenschheit mit Recht empört hat.“

Hermann Schwann

Atomare Aufrüstung

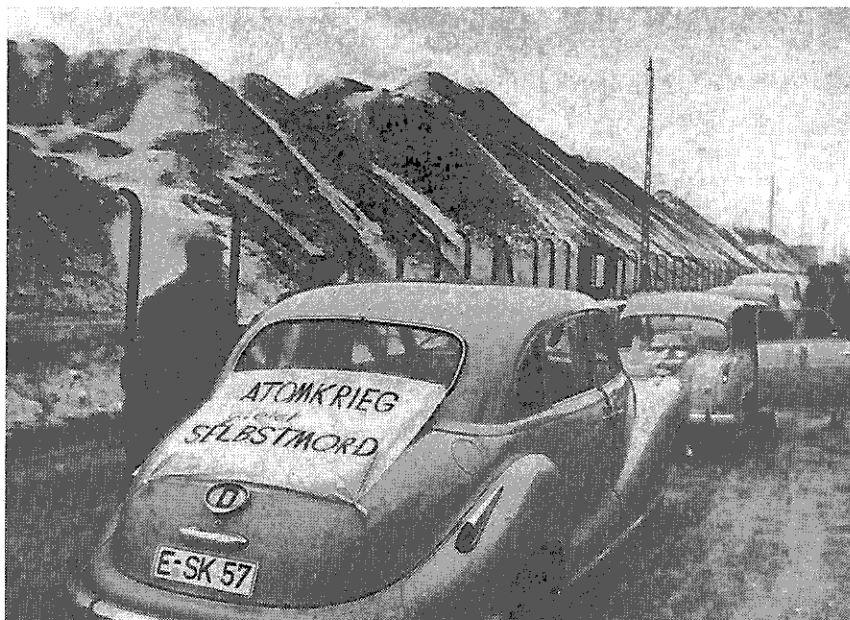
Der Anfang ist gemacht, die erste Lieferung von Mehrzweckwaffen aus den USA ist erfolgt. Man spürt förmlich, wie die UdSSR zu zittern beginnt, wie sie in die Knie geht, wie sie sich beeilen wird, unser politisches Anliegen der Wiedervereinigung uns auf silbernem Tablett zu präsentieren.

Ist es wirklich so? Oder haben die in der Bundesrepublik den politischen Raum beherrschenden Kräfte, Regierung und Opposition, einmal mehr unter Beweis gestellt, daß ihr politisches Denken in vergangenen Jahrzehnten verwurzelt und nicht fähig ist zu begreifen, daß eine neue Zeit andere Maßstäbe und andere Methoden verlangt? Mit Wettrüsten und mit Bündnissystemen ältester Überlieferung schafft man keine politische Entspannung. Ohne politische Entspannung gibt es keine Abrüstung und keinen Frieden. Ohne Frieden gibt es keine Wiedervereinigung. Die allererste Erkenntnis aus der modernen atomaren Entwicklung kann nur lauten: Es darf auf dieser Erde keinen Krieg mehr geben. Weder der begrenzte noch der globale Krieg kann noch als ein Mittel der Politik angesehen werden.

Diese Forderung gilt in ganz besonderem Maße für Europa. Die europäischen Völker, gleichgültig ob sie zur Zeit in dem einen oder in dem anderen Bündnissystem verankert oder neutral sind, haben unabhängig von dem bei ihnen herrschenden ökonomischen System ein Lebensinteresse in des Wortes wahrster Bedeutung daran, aus dem politischen Ost-West-Gegensatz herauszukommen. Gelingt die Neutralisierung Europas nicht, dann wird Europa im Kriegsfall wegen seiner wirtschaftlichen Bedeutung und wegen seiner Bevölkerungsdichte einer der Kriegsschauplätze. Hier „lohnt“ sich der Einsatz der kostspieligen Massenvernichtungsmittel zudem am ehesten.

Gegen diese Massenvernichtungsmittel gibt es — man muß oft Gesagtes bei der Vergeßlichkeit der Menschen immer wiederholen — keinen Schutz und keine Sicherheit. Das Rezept des CDU-Experten für Atomkriege, Prof. Dr. Pascual Jordan, Mitglied des Bundestages, ist eine verantwortungslose und lebensgefährliche Verniedlichung der Gefahren, wenn er empfiehlt: **„Wenn der Atomkrieg noch fünf Jahrzehnte vermieden werden kann, so wird die Menschheit längst darauf eingerichtet sein, ohne Schwierigkeiten und ohne Unbequemlichkeiten einmal fünf Jahre unter der Erde zu bleiben, bis der Atomgestank draußen abgeklungen ist... Die Menschen werden einige Jahre des Ausgehverbotes gut überstehen, sofern bis dahin die unterirdischen Städte fertig sind, welche die einzige Stadtform der Zukunft sind.“**

Ein Jahr von diesen fünfzig ist schon vorüber. Im kommenden Jahr wird bestimmt noch nicht mit dem Bau der „einzigen Stadtform der Zukunft“ begonnen. Der Bundesfinanzminister, der Parteifreund dieses „Sachverständigen“, wird auch ohne die in ihrer Höhe unvorstellbaren Kosten zur Verwirklichung dieser Wahnsinnsidee seinen ordentlichen und außerordent-



Autokorso durch die Kohlenhalden des Ruhrgebietes

lichen Haushalt kaum im Gleichgewicht halten können. Und in weiteren Jahrzehnten wird mit dem Bau dieser Städte auch noch nicht begonnen sein.

Eine atomare Aufrüstung kann für einen verantwortungsbewußten Politiker, wenn man ideologische, insbesondere christliche Bedenken einmal völlig ausschaltet, überhaupt nur dann diskutiert werden, wenn die Frage des Schutzes des Volkes im Ernstfall eindeutig bejaht werden kann. Die Behauptung, daß ein Angreifer auf die Verwendung von Massenvernichtungsmitteln verzichten würde, wenn wir selbst auch über sie verfügen, ist eine gefährliche, nicht beweisbare Hypothese, die nach dem Urteil zahlreicher Militärexperten mit größter Wahrscheinlichkeit falsch ist. Der Vergleich mit dem Verzicht beider Seiten im letzten Weltkrieg auf den Einsatz von Giftgas ist insofern nicht schlüssig, weil der Einsatz von Giftgas vielleicht die eine oder andere Schlacht, aber nicht den Krieg entschieden, jedenfalls nicht wie bei den Atomwaffen ganze Völker vernichtet hätte. Demgegenüber kann der erste Schlag mit Massenvernichtungsmitteln — sechs strategische Atombomben genügen, um ganz Mitteleuropa auf Jahrzehnte auszuschalten — kriegsentscheidend sein, zumindest aber ganze Völker auslöschen. Den durch diesen ersten Schlag vernichteten Völkern aber ist es völlig gleichgültig, ob eine sogenannte „massive Vergeltung“ den Aggressor am Ende auch vernichtet, da sie nicht mehr existieren. Jeder Aggressor muß den ersten Schlag mit Sicherheit überall dorthin richten, von wo er eine massive atomare Vergeltung erwarten kann. Eine atomar aufrüstete Bundesrepublik muß er also zwangsläufig in seine Kalkulation einbeziehen. Jede andere Annahme wäre von Deutschland aus gesehen dumm und verbrecherisch.

Die Vorstellung aber, daß eine atomare Aufrüstung der Bundeswehr für kriegslüsterne Aggressoren eine Abschreckung bedeuten könne, wäre dann diskutabel, wenn es nur zwei Atomwaffenhersteller in der Welt gäbe und einer davon die Bundesrepublik wäre. Nur dann nämlich be-

stände die Gewißheit, daß die Bundesrepublik nicht in „bewaffnete Interventionen“, die ihre Verbündeten für ihre eigenen Interessen und ohne vorherige Konsultation unternommen haben und unternehmen werden, hineingezerrt wird. Solange eine weltweite Auseinandersetzung von Zufälligkeiten und Mißverständnissen abhängig ist, spielt die Frage der Abschreckung außerdem eine nur sehr nebensächliche Rolle. Die Haltung eines Aggressors wird also nicht von uns bestimmt, sondern wie bisher auch in Zukunft von anderen, durch die Bundesrepublik nicht beeinfluszbaren Mächten. Wenn aber diese die für die Erhaltung des Friedens gezogenen Grenzen leichtfertig oder vorsätzlich überschritten haben werden, dann wird die stärkste Aufrüstung der Bundeswehr keine abschreckende Wirkung mehr erzielen, und der Ernstfall ist gegeben.

Es darf und kann für die Bundesrepublik und für alle europäischen Staaten nur ein Ziel geben: erstens dafür zu sorgen, daß außer den drei Atommächten keine vierte Macht mehr atomar aufrüstet, und zweitens eine Politik zu machen, die die drei Atomgiganten zwingt und es ihnen ermöglicht, einer Weltächtung von Massenvernichtungsmitteln zuzustimmen.

Jeder Politiker, der sich seiner Verantwortung dem Volk gegenüber bewußt ist, muß hier antreten im Parlament und vor dem Volk. Ein einfaches Nein bei einer Abstimmung ist jedenfalls nicht ausreichend, wenn man erkennt, daß ein beschränkter Weg in den Abgrund führen muß. Die SPD zum Beispiel hat bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz im Jahre 1933 auch mutig, aber erfolglos Nein gesagt, sie hat den Weg in den Abgrund damals damit nicht verhindert. Auch die zweite Oppositionspartei „schwimmt“. Sie wagt nicht vor das Volk zu treten und ihm eine klare außenpolitische Alternative gegenüber der verhängnisvollen und bankrotten Regierungspolitik vorzulegen. Noch wäre es Zeit zur Einsicht und zur Umkehr.

(Aus „Neue Politik“)

Nachdenkliches zum modernen Hexenwahn

Prof. Heinrich Vogel

„Die 60 Thesen“

19. Diejenigen versündigen sich an der Wahrheit, die meinen, man könne die Massenvernichtung physischen Lebens rechtfertigen mit dem Hinweis auf einen Massenseelenmord, den es durch Massenvernichtungsmittel abzuwehren gälte.

20. Die Indienstnahme von Massenvernichtungsmitteln zur Abschreckung, um das Böse zu verhindern und einen Krieg unmöglich zu machen, entspringt dem Wahn, als ob man die Sünde mit einer Sünde und den Teufel mit einer Teufelei bekämpfen könne.

23. Ein christliches Abendland, das die Atombombe zu seinem Heiland und Retter vor der Gefahr des Weltbolschewismus macht, überantwortet sich selbst dem Gericht.

(Aus „Stimme der Gemeinde“ vom 15. 9. 58)

George E. Kennan, ehemaliger Botschafter der USA in der UdSSR

(aus einer Rede vor dem Übersee-Pressklub in New York am 7. Mai 1957)

Zu keiner Zeit seit dem Ende des zweiten Weltkrieges habe ich jemals einen Beweis dafür gefunden, daß der Kreml einen dritten Weltkrieg wünscht.

Prof. D. E. Wolf

(aus einem Aufsatz: „Theologische Atomdiskussion“)

Weil es angesichts der atomaren Gefahr um das Menschsein des Menschen geht, kann die Kirche nicht neutral sein... Sie darf sich aber auch nicht verstricken lassen in die Zwangsvorstellung, daß sie in einem Weltanschauungskampf der Ideologien von „christlichem Abendland“ und „gottlosem Bolschewismus“ von „freiem Westen“ und „östlicher Diktatur“ sich durch eine theologische Legitimierung atomarer Aufrüstung beteiligen müsse...

Die Atomwaffe ist in keiner Hinsicht ein christlich vertretbares Mittel

zur Überwindung des Bolschewismus.

Prof. Dr. Walter Hagemann

(aus „der Hexenwahn des 20. Jahrhunderts“, Blätter f. Deutsche und internationale Politik Nr. 3/1958)

Während in den USA unter McCarthy eine systematische Kommunistenjagd einsetzte, wurde die deutsche Publizistik (Presse, Rundfunk, Rhetorik) und Jugenderziehung im Sinne der antikommunistischen Affekte infiltriert... Da hob sich die „Freie Welt“ vom Pentagon selbstlos beschützt, engelrein und strahlend ab von der bösen Gegenwelt des Bolschewismus, in der es angeblich nur Sklaverei, Grausamkeit und Vertragsbruch gibt und die angeblich von nichts anderem träumt, als die freie Welt mit ihren Divisionen heimtückisch zu überfallen. Diesem Kampf wurde wie im Dritten Reich geradezu ein sakraler Charakter gegeben. Kein geringerer als Präsident Eisenhower verkündete: „Die Heere Gottes und des Teufels stehen sich gegenüber“.

„Mit dieser pausenlosen und hämmernden Propaganda ist es gelungen, Komplexe zu züchten und zu vertiefen, die von Millionen aus allen Volksschichten Besitz ergriffen haben und jeder nüchternen Betrachtung der internationalen Lage als echter eiserner Vorhang im Wege stehen. Nur im Zeichen dieses Massenwahns war es möglich, Fiktionen glaubhaft zu machen wie den unmittelbar drohenden sowjetischen Angriff (Ähnlich hat Hitler verfahren!), an die Stelle einer nur zu begründeten Angst vor den atomaren Vernichtungsmitteln die Bolschewistengefahr als das größte Ubel zu präsentieren, die Fiktion von dem alleinigen Vorrecht der Bundesrepublik auf die Rechtsnachfolge Gesamtdeutschlands aufrechtzuerhalten... Nur dieser moderne Hexenwahn ist eine Erklärung dafür, daß man in Bonn wie in Washington eine sogenannte Außenpolitik nicht mehr in politischen, sondern nur noch in militärischen Kategorien denkt.“

Appell der Kirchen an Atommächte

Einstellung aller Kernwaffenversuche gefordert

GENF, 11. Februar (UPI/dpa). Der Weltkirchenrat hat am Mittwoch im Namen der 300 Millionen anglikanischer, orthodoxer und protestantischer Christen an die drei Atommächte appelliert, die Kernwaffenversuche einzustellen. In einer an die Genfer Atomkonferenz gerichteten Erklärung werden Großbritannien und die Sowjetunion aufgefordert, angesichts der ernstesten Atomgefahr das „kalkulierte Risiko“ der Beendigung ihrer nuklearen Versuche einzugehen. Der Weltkirchenrat spricht weiter die Hoffnung auf eine baldige Übereinkunft aus.

Die Erklärung ist vom Ausschuß des Weltkirchenrates für internationale Angelegenheiten ausgearbeitet und vom Exekutivkomitee, das am Montag zu einer mehrtägigen Sitzung in Genf zusammentrat, gebilligt worden. Die Erklärung des Weltkirchenrates, hat folgenden Wortlaut: „Seitdem die Nutzarmachung der Atomkraft gelungen ist, haben die Völker der Welt die Vernichtungsgefahr gefürchtet und zugleich Hoffnungen auf die Entwicklung gesetzt. Sie haben hoffnungsvoll, aber bisher ohne Erfolg nach Schritten gesucht, durch die die Kriegsgefahr verringert und die Atomkraft für den Frieden genützt wird.“



Protestveranstaltung des „Arbeitsausschusses Kampf dem Atomtod“ in Castrop-Rauxel

Entschießung

der in der Europastadt Castrop-Rauxel am 18. 1. 1959 stattgefundenen Arbeitstagung des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“ zur Stationierung einer englischen Atomraketen-einheit in Dortmund:

Die Teilnehmer der am heutigen Tage in Castrop-Rauxel stattfindenden „Kampf dem Atomtod“ nehmen mit Bestürzung davon Kenntnis, daß die englische Regierung und der Generalstab der NATO die Stationierung einer Atomraketen-einheit in unserer Nachbarstadt Dortmund verfügt hat. Wir warnen die Verantwortlichen vor dieser Maßnahme und richten den dringenden Appell an die Landesregierung von NRW und die Bundesregierung, unserer souveränen (ein Vorschlag lautete „souverän“ in Anführungsstriche zu setzen) alles in ihrer Macht stehende zu unternehmen, um die Stationierung der Atomeinheiten im Herzen des Ruhrgebietes rückgängig zu machen und darüber hinaus jede Schaffung von Atombasen auf bundesdeutschem Gebiet abzulehnen.

Die Teilnehmer der Arbeitstagung erwarten von den maßgeblichen Stellen eine Antwort auf ihre Entschliebung. Die Unterzeichneten sind entschlossen, unter persönlichem Einsatz gegen die Stationierung von Raketenwaffen im Industriegebiet zu protestieren.

Die Kirchen hätten verschiedentlich ihrer Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Einstellung der Kernwaffenversuche der Beginn allgemeiner Abrüstungsmaßnahmen sein werde. Jedes noch so sorgfältig ausgearbeitete Abkommen, so heißt es in der Erklärung, enthalte für alle Teilnehmer eines solchen Abkommens bewußte Risiken. „Aber angesichts der Atomgefahr, die eine so schwere Bedrohung für die heutige und für künftige Generationen darstellt, ist die Übernahme eines solchen Risikos sicherlich gerechtfertigt. Abgesehen davon, stellt ein jedes Abkommen wieder einen Schritt zur Verringerung des Mißtrauens und zur Schaffung von Vertrauen dar.“

Gründungserklärung des Ständigen Kongresses

Die Mehrheit des Bundestages hat am 25. März 1958 die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen beschlossen. Dieser Beschluß hat in der Bevölkerung eine Bewegung ausgelöst, die in Kundgebungen und Demonstrationen, in Protesten von Gewerkschaften und Betrieben, in Warnstreiks und Unterschriften-sammlungen, in Beschlüssen und Versuchen zur Durchführung einer Volksbefragung ihren Ausdruck fand. Die Bewegung gegen den Atomtod hat von Woche zu Woche an Kraft und Bedeutung zugenommen.

Der Kampf gegen den verhängnisvollen Beschluß der Bundestagsmehrheit hätte am wirksamsten geführt werden können, wenn alle Widerstandskräfte in einer einzigen, einheitlich geführten Bewegung zusammengefaßt worden wären. Da sich das als unmöglich erwies, mußte die Sammlung aller atomwaffenfeindlichen Kräfte auf andere Weise erreicht werden. Als wirksamste Form der Verwirklichung dieser Absicht erschien die Bildung eines „Ständigen Kongresses“. Die Idee des „Ständigen Kongresses“ fand in allen Schichten der Bevölkerung lebhafteste Zustimmung.

Der „Ständige Kongreß“ hat sich auf seiner ersten Tagung am 15. Juni 1958 in Gelsenkirchen konstituiert. Er proklamiert mit allem Nachdruck das Recht des Bürgers der Bundesrepublik, über Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes in unmittelbarer Abstimmung zu entscheiden. Er ruft zum Widerstand auf gegen die Nichtachtung der im Grundgesetz der Bundesrepublik verbrieften Rechte des Volkes durch die derzeitige Bundesregierung und Bundestagsmehrheit. Der „Ständige Kongreß“ ruft in der Stunde der Gefahr zur Selbstbesinnung. Er appelliert an das Verantwortungsbe-

wußtsein nicht nur all derer, die an führender Stelle Entscheidungen beeinflussen, sondern vor allem an das Verantwortungsbewußtsein jedes einzelnen.

Der „Ständige Kongreß“ ist der Ort der Sammlung, des Erfahrungsaustausches und der kritischen gegenseitigen Verständigung für alle Gegner der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik.

Indem er sich in seinen Äußerungen, Empfehlungen und Handlungen auf das aktuelle Grundanliegen der Nation, den Widerstand gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik und die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in Europa beschränkt, ermöglicht er das Zusammenwirken aller Schichten unseres Volkes, aller Bewegungen, Organisationen und Ausschüsse, die in dieser Lebensfrage unseres Volkes übereinstimmen. Der oberste Grundsatz für die Arbeitsweise des „Ständigen Kongresses“ ist die politische und weltanschauliche Toleranz in allen Fragen, die nicht unmittelbar mit der Überwindung des durch den Beschluß des Bundestages herbeigeführten Notstandes zu tun haben.

Die Empfehlungen des „Ständigen Kongresses“ sind keine verbindlichen Beschlüsse. Sie wollen als Anregungen für gemeinsames Handeln unter Beachtung der besonderen Bedingungen in den einzelnen Bundesländern, Städten und ländlichen Bezirken verstanden sein.

Es erfüllt uns mit neuem Mut, daß die erste konstituierende Tagung des „Ständigen Kongresses“ im Geiste der Einmütigkeit und Toleranz verlief. Die unbeirrbar Übereinstimmung im Ziel wurde durch die Verschiedenheit der Begründungen eindrucksvoll unterstrichen. Das große Ziel der Volksbe-

wegung gegen den Atomtod kann erreicht werden, wenn es gelingt, Sonderbestrebungen und gegenseitiges Mißtrauen auszuschalten. Die Bundesregierung läßt nichts unversucht, die Volksbewegung gegen die atomare Aufrüstung zu spalten und die einzelnen in ihr vertretenen Richtungen gegeneinander auszuspielen. Diese Gefahr muß klar erkannt werden. Wer in den Reihen der Atom- und Rüstungsgegner Mißtrauen sät, leistet der Aufrüstungspolitik Vorschub. Der Kampf gegen die Atomrüstung ist zu einem Kampf für die Demokratie geworden. Nur wenn die Begeisterung sich mit Geduld und zäher Beharrlichkeit verbindet, wird die Volksbefragung gegen die atomare Aufrüstung am Ende den Sieg davontragen.

Der Erfolg der ersten Tagung des „Ständigen Kongresses“ ermutigt uns, die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes erneut auf das Grundanliegen unserer Tage zu lenken und alle Schichten der Bevölkerung aufzurufen, sich dem Arbeitsausschuß „Kampf dem Atomtod“ oder der „Aktionsgemeinschaft gegen die atomare Aufrüstung der Bundesrepublik“ oder einer regionalen Widerstandsgruppe anzuschließen und in dieser Organisation nach Kräften dahin zu wirken, daß der „Ständige Kongreß“ seine koordinierende, vermittelnde und ausgleichende Funktion wirksam erfüllen kann.

Vertrauen zu den friedlichen und demokratischen Kräften in unserem Volk, Vertrauen aller entschiedenen Gegner der Atomrüstungspolitik der Bundesregierung untereinander, die Einheit im Wollen und Handeln sind das Unterpfand unseres endlichen Sieges!

Die von dem Gründungskongreß beauftragte Redaktionskommission

Papstworte in den Wind gesprochen?

Anläßlich des Ablebens von Papst Pius XII. hat man weit über die katholische Welt hinaus dieser bedeutenden Persönlichkeit gedacht, aber nur wenige Stimmen erinnerten an die zahlreichen Beschwörungen des Hingeshiedenen gegenüber den Atomgefahren. Und doch verdienen gerade diese Worte wieder in Erinnerung gerufen zu werden, weil sie beweisen, welche große Sorge sich das Oberhaupt der katholischen Kirche um die durch den Atommißbrauch gefährdete Menschheit machte. In seiner Osterbotschaft 1956 bekannte der Papst:

„Jeder Tag bedeutet einen traurigen Schritt voran auf diesem unheilvollen Weg, ein Rennen, um allein, um zuerst, um besser am Ziel zu sein. Die Menschheit verliert beinahe die Hoffnung, daß es möglich sein werde, diesen menschen- und selbstmörderischen Wahnsinn aufzuhalten. Zur Vermehrung des Entsetzens und Schreckens durch die Atomwaffen sind auch noch die ferngelenkten Geschosse aufgekommen, die über gewaltige Entfernungen hinweg mit Atomwaffen Menschen und Dinge völlig vernichten können. Damit diesem Lauf in den Abgrund ein Halt gesetzt werde, erhebe ich noch einmal die Stimme,

um für die Lenker der Nationen Licht und Kraft zu erleben.“

Ein Jahr später, unmittelbar an die erste Radiobotschaft Albert Schweitzers im April 1957, erklärte der Papst in einer Note an den japanischen Sonderbeauftragten Matsushita:

„Die zunehmende Beherrschung der erschreckenden Naturkräfte durch den Menschen verursacht neue und eindringliche Besorgnis. In der Tat ist die Zerstörungskraft der Kernwaffen unbegrenzt geworden. Sie wird nicht länger durch die kritische Masse in Schranken gehalten, die der bereits schrecklichen Gewalt der ersten Atomwaffen eine natürliche Grenze setzte. Jetzt wird diese unbegrenzte Gewalt als eine Drohung benutzt, die — von einem Gebiet auf ein anderes verlagert — ein immer katastrophaleres Ausmaß annimmt, weil jeder bemüht ist, den anderen mit wachsendem und unglücklicherweise realem Schrecken zu übertreffen. Wenn es sich um Naturkatastrophen handelt, dann kann man sich nur den Beschlüssen des Allmächtigen beugen. Aber wenn eine Katastrophe durch den verderbten Herrschaftswillen des Menschen entsteht — mit all den Rückwirkungen, die sie verursachen könnte — wie könnte eine solche

Handlung nicht von jedem rechtenden Menschen verurteilt werden?“

In der Weihnachtsbotschaft 1957 redete der Papst erneut allen Staatsmännern in das Gewissen, alles für die Erhaltung des Friedens zu tun, um dann fortzufahren:

„Heutzutage treibt eine gleichsam blinde Verlockung des Fortschritts die Nationen dazu, offensichtliche Gefahren zu mißachten und nicht geringe Verluste gar nicht zu berücksichtigen. Wer sähe nicht, wie die Entwicklung und die Anwendung mancher Erfindungen auf militärische Zwecke fast überall weit größeren Schaden als Vorteile mit sich bringen.“ Ausdrücklich erklärte der Papst „die Zweifel und innere Unruhe von Fachleuten in den modernen Wissenschaften über die Entwicklung der Atomenergie“ für berechtigt.

Und schließlich prophezeite Papst Pius XII. in seiner Enzyklika vom 15. Juli 1958:

„Die schrecklichen, heute vom menschlichen Geist erfundenen Waffen sind von solcher ungeheuren Gewalt, daß sie zur universalen Vernichtung führen, und zwar nicht nur der Besiegten, sondern auch der Sieger.“

Wir wiederholen

unsere Bitte an alle Ausschüsse, Bewegungen, Organisationen und Persönlichkeiten, uns von allem ihnen zugänglichen Aufklärungs- und Werbematerial gegen die atomare Aufrüstung je zwei bis drei Exemplare zur Verfügung zu stellen. Dieses Material soll bei der zweiten Plenartagung des „Ständigen Kongresses“ am 7./8. März zu einer Ausstellung zusammengefaßt werden, um so allen Teilnehmern Anregungen für ihre eigenen Bemühungen zu geben. Wir bitten um recht baldige Zusendung solchen Materials an die Anschrift: „Ständiger Kongreß“, Hamburg 19, Eichenstraße 46.

Neu im Präsidium des Ständigen Kongresses

In das Präsidium des „Ständigen Kongresses“ wurden folgende Damen und Herren auf der Präsidiumstagung am 22./23. November 1958 neu aufgenommen:

Mira von Kühlmann, München, Erich Dusenschön, Ing., Hamburg, Otto Beyer, Landwirt, Stapelfeld, Ernst von Salomon, Schriftsteller, Stöckte bei Winsen/Luhe, Karl Ludwig Opitz, Schriftsteller, Hamburg, Dr. med. Barbara Rathjens, Hamburg, H. Schiefbahn, Verkehrsarbeiter, Hamburg, H. R. Schwartz, Rechtsanwalt, Westerstede, Prof. Ernst Röttger, Kassel, Dr. Heinrich Otto, Rektor, Kassel, Heinrich Störing, Betriebsrat, Neuwied, Otto Schwarz, Betriebsrat, Stuttgart, Dr. Ingeborg Maschmann, Dozentin, Lüneburg, Prof. Dr. Dr. Karl Sailer, München.

IdK Kiel an die Genfer Konferenz

Kiel, den 28. Januar 1959

An

den stellv. Generalsekretär der UNO
Mr. Narayan
GENF/SCHWEIZ
Völkerbundpalast
Palais des Nations

Sehr geehrter Herr!

Die Internationale der Kriegsdienstgegner — Gruppe Kiel — verfolgt mit wachsender Besorgnis die Ergebnisse der Verhandlungen über eine Einstellung der Atomwaffenversuche. Wir sind uns voll der großen Gefahren bewußt, die die fortwährenden Atombombenexplosionen mit sich bringen.

Im Namen der Mitglieder der Gruppe Kiel der Internationale der Kriegsdienstgegner fordern wir daher die **sofortige und unbefristete Einstellung aller Kernwaffenversuche** und richten die dringende Bitte an Sie, sich in diesem Sinne für ein Gelingen der Konferenz einzusetzen.
Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Vorstand der IdK-Gruppe Kiel

Vorsitzender
Titz

Der „Kongreßdienst“

ist noch unser Sorgenkind. Alle Äußerungen, die uns von Beziehern erreichen, sind positiv, und das ist ermutigend für die Redaktion und für das Büro des Präsidiums. Aber — so meldet sich der Kassierer, der die Druckrechnung begleichen muß —. Dieses „Aber“ bezieht sich darauf, daß es noch zu wenig Bezieher gibt und daß von den jetzigen Beziehern noch nicht alle den für 1959 fälligen Jahresbeitrag von mindestens DM 10,— gezahlt haben. Von diesen Jahresbeiträgen müssen nämlich sowohl die Unkosten für den „Kongreßdienst“ als auch die für das kleine Büro des Präsidiums des „Ständigen Kongresses“ gedeckt werden. Der Jahresbeitrag schließt bekanntlich den freien Bezug des „Kongreßdienstes“ ein.

Wir richten deshalb an alle Bezieher des „Kongreßdienstes“ die herzliche Bitte, wenn noch nicht geschehen, den Jahresbeitrag bald zu entrichten und in ihrem Bekanntenkreis bzw. in ihrer Organisation neue Jahresbeitragszahler und damit regelmäßige Bezieher des „Kongreßdienstes“ zu werben. Nur so kann auf die Dauer das Erscheinen des „Kongreßdienstes“ gesichert werden.

Nicht weniger bedeutsam sind Anregungen für die Redaktion. Bitte, teilen Sie uns mit, ob der „Kongreßdienst“ in der bisherigen Weise nach Ihrer Meinung den an ihn zu stellenden Anforderungen genügt bzw. welche Verbesserungen Sie für nötig halten. Geben Sie der Redaktion Hinweise auf Material und Literatur, auf nach Ihrer Meinung zu gewinnende Mitarbeiter, auf Probleme und Ereignisse, über die nach Ihrer Meinung geschrieben werden sollte. Und noch eine persönliche Bitte: Die Redaktion würde gern Leserbriefen Raum geben — Briefen zu bestimmten Aufsätzen im „Kongreßdienst“ selbst als auch solchen zu allgemeinen Problemen des Kampfes gegen den Atomtod. Dürfen wir Sie, lieber Leser, auch dazu einladen, gelegentlich zu schreiben?

Ohne Aufrüstung

Zu einem einheitlichen Deutschland ohne NATO und ohne Atomwaffen bekennt sich die „Süddeutsche Zeitung“. Das Blatt schreibt:

Aus dem Bruchigwerden der westlichen Deutschlanddoktrin ergibt sich zunächst, daß Washington nunmehr die aktive Mitarbeit der Bundesregierung braucht, der sich diese kaum mehr entziehen kann, ohne sich aus der weiteren Entwicklung selbst auszuschalten. Bisher finden die Experten als Ausgangsbasis im wesentlichen nur östliche Vorschläge und solche der deutschen Opposition vor. Es kommt nun darauf an, Initiativen, die vom Osten ausgegangen sind, wie den Rapacki-Plan und den Konföderationsvorschlag, sozusagen mit einem „westlichen Inhalt“ zu erfüllen. Wenn bei der Wiedervereinigung die freien Wahlen nicht mehr am Anfang stehen können, so heißt die einzige Alternative eben allmähliches Zusammenwachsen der beiden Deutschland.

Wenn Gesamtdeutschland nicht in der NATO sein kann, so heißt es, ein neues europäisches Sicherheitssystem zu entwickeln, in welches jenes sich bildende Deutschland hineinwachsen kann und das vor allem dessen gemeinsame Kontrolle durch West und Ost sichert. Das Vorbereitungsstadium dazu mag man Disengagement nennen oder auch Rapacki-Plan oder auch Nichtvollzug der deutschen Atomrüstung.

Aus einem Schreiben Albert Schweitzers

In einem Schreiben an den Münchener Verband der Kriegsbeschädigten (VdK) wandte sich Albert Schweitzer erneut gegen die Erprobung und Anwendung von Atomwaffen. „Diese Waffen sind gegen das Völkerrecht“, schreibt Schweitzer, um dann fortzuführen: „Der Kampf gegen die Atomwaffen und Nuklearwaffen ist in der

rechten und der wirksamsten Weise mit dem Argument, daß sie in absoluter Weise gegen das Völkerrecht verstoßen, zu führen. Diese Erkenntnis setzt sich in der öffentlichen Meinung der Völker mehr und mehr durch. Es muß also in erster Linie angeführt werden. Alles, was man gegen diese Waffen vorbringen kann, ist in dem Satz, daß sie gegen das Völkerrecht sind, enthalten.

Es sind noch zu viele Menschen um uns herum, die meinen, man müsse sich darein ergeben, mit der Atombombe zu leben. Wenn wir das tun, sind wir verloren. Da meine ich, daß auch hier der Wahlspruch Ihres Verbandes am Platze ist: ‚Wer sich fallen läßt, bleibt liegen, wer sich aufrafft, der wird siegen.‘“

Fotos:

Titelbild von Keystone

Bild auf Seite 2 von Keystone

Bilder auf Seite 7, 8, 9, 11, 13, 14 von

Foto Tripp (Düsseldorf)

Herausgeber:

Das Präsidium des „Ständigen Kongresses“ aller Gegner der atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik.

Büro: Otto Beyer, Stapelfeld; Walter Biermann, Hamburg; Prof. Dr. med. Kurt Gröbe, Hamburg; Prof. Dr. Hans Grupe, Lüneburg; Prof. H. Heinemann, Lüneburg; Hans Hentschel, Hamburg; Dr. Ingeborg Maschmann, Lüneburg; Peter Meier, Münster i. W.; Karl-Ludwig Opitz, Hamburg; Dr. med. Barbara Rathjens, Hamburg; Ernst von Salomon, Stöckte; H. Schiefbahn, Hamburg; Rechtsanwalt H. R. Schwartz, Westerstede; Erich Wiechmann, Hamburg.

Sekretär: Karl Ludwig Opitz, Hamburg.
Verantwortlich für den Kongreßdienst: Dr. med. Barbara Rathjens, Hamburg.
Druck: Gerhard Steen, Buchdruckerei, Hamburg.
Der „Kongreßdienst“ ist keine Zeitschrift im Sinne des Gesetzes über Zeitungs- und Zeitschriftenwesen. Er erscheint nach Bedarf und ohne Erhebung fester Abonnementsgebühren.